



Standard-Eurobarometer 80 Herbst 2013

DIE EU-BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE

BERICHT

Befragung: November 2013

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 80 / Herbst 2013 – TNS opinion & social

Standard-Eurobarometer 80
Herbst 2013

Die EU-Bürger, die Europäische Union und die Krise

Studie durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der
Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Generaldirektion Kommunikation
der Europäischen Kommission
(GD KOMM Referat "Strategie, Corporate Communication-
Maßnahmen und Eurobarometer")

INHALT

EINLEITUNG	2
I. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?	4
II. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE ..	11
III. DIE EFFIZIENTESTEN AKTEURE FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER KRISE	17
IV. MASSNAHMEN, DIE DIE EUROPÄISCHE UNION ERGREIFEN SOLLTE	24
1. EINE WICHTIGERE ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION	24
2. DIE WIRKSAMSTEN MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE	26
V. REFORM DES WIRTSCHAFTS-UND FINANZSYSTEMS?	32
1. REFORMEN, DIE ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE UND ZUR VERRINGERUNG DER STAATSSCHULDEN ERFORDERLICH SIND	32
2. MITHILFE WELCHER MAßNAHMEN SOLL DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?	35
VI. DIE KÜNFTIGEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE EU-BÜRGER	42
ANHÄNGE	
Technische Hinweise	

EINLEITUNG

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 (EB80) wurde vor einem etwas weniger düsteren Hintergrund als in den vergangenen Jahren durchgeführt. Einige Tage vor Beginn dieser Umfrage hat die Europäische Kommission ihre Wachstumsprognosen für Herbst 2013¹ veröffentlicht: das Wachstum des BIP im zweiten Halbjahr 2013 sollte gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2012 einen Zuwachs von 0,5% erreichen, was ein Nullwachstum des BIP im Jahr 2013 in der EU und -0,4% in der Euro-Zone bedeutet.

Der vollständige Bericht der Standard-Eurobarometer-Umfrage 80 besteht aus mehreren Teilberichten. Im ersten Teilbericht ist die aktuelle öffentliche Meinung in der Europäischen Union dargestellt. In vier weiteren Teilberichten wird die Meinung der EU-Bürger zu anderen Themen präsentiert: die europäische Bürgerschaft; die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Strategie Europa 2020; die Mediengewohnheiten in der Europäischen Union. Der vorliegende Teilbericht befasst sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Diese Standard-Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 2. und dem 17. November 2013² in 34 Ländern bzw. Gebieten durchgeführt: in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union³, den fünf Bewerberländern (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft in jenem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird.

Die verwendete Methode ist jene der Eurobarometer-Umfrage der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“)⁴. Technische Hinweise zur Interviewführung durch die Institute des Netzwerks TNS Opinion & Social sind im Anhang zu finden. In diesen Hinweisen sind außerdem die Konfidenzintervalle angegeben⁵, mithilfe derer auf Grundlage der Stichprobengröße im Vergleich zur Gesamtgröße der untersuchten Bevölkerung die Genauigkeit der Umfrageergebnisse beurteilt werden kann.

¹ http://ec.europa.eu/news/economy/131105_en.htm

² Die genauen Daten der Befragungen in den einzelnen Ländern finden Sie in den technischen Hinweisen.

³ Hierbei handelt es sich um das erste Standard-Eurobarometer seit dem Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013. Die in diesem Bericht präsentierten Ergebnisse stehen somit für den gewichteten Mittelwert aller 28 Mitgliedstaaten

⁴ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

⁵ Die Ergebnistabellen sind im Anhang zu finden. Hierzu muss angemerkt werden, dass die Summe der in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Prozentsätze in jenen Fällen, in denen die Befragten zu einer Frage mehrere Antworten angeben konnten, 100% übersteigen kann.

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
BG	Bulgarien	LU	Luxemburg
CZ	Tschechische Republik	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zypriotische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union – gewichteter Durchschnitt zu den 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	Euro-Zone	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**	Nicht-Euro-Zone	BG, CZ, DK, HR, LT, LV, HU, PL, RO, SE, UK
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		

* Zypern als Gesamtes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Anwendung des Gemeinsamen Besitzstandes (Acquis Communautaire) ist jedoch in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen wurden ausschließlich die in dem von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Landesteil durchgeführten Befragungen in der Kategorie „CY“ angeführt und in den Durchschnitt der EU28 einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Teil des Landes durchgeführten Befragungen sind in der Kategorie „CY(tcc)“ enthalten [tcc: türkisch-zypriotische Gemeinschaft]

** Provisorische Abkürzung, die die nach Abschluss der derzeit bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbarte endgültige Nomenklatur für dieses Land in keiner Form beeinflusst.

* * * * *

*Wir bedanken uns bei all den Befragten in der gesamten Europäischen Union dafür,
dass sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben.*

.

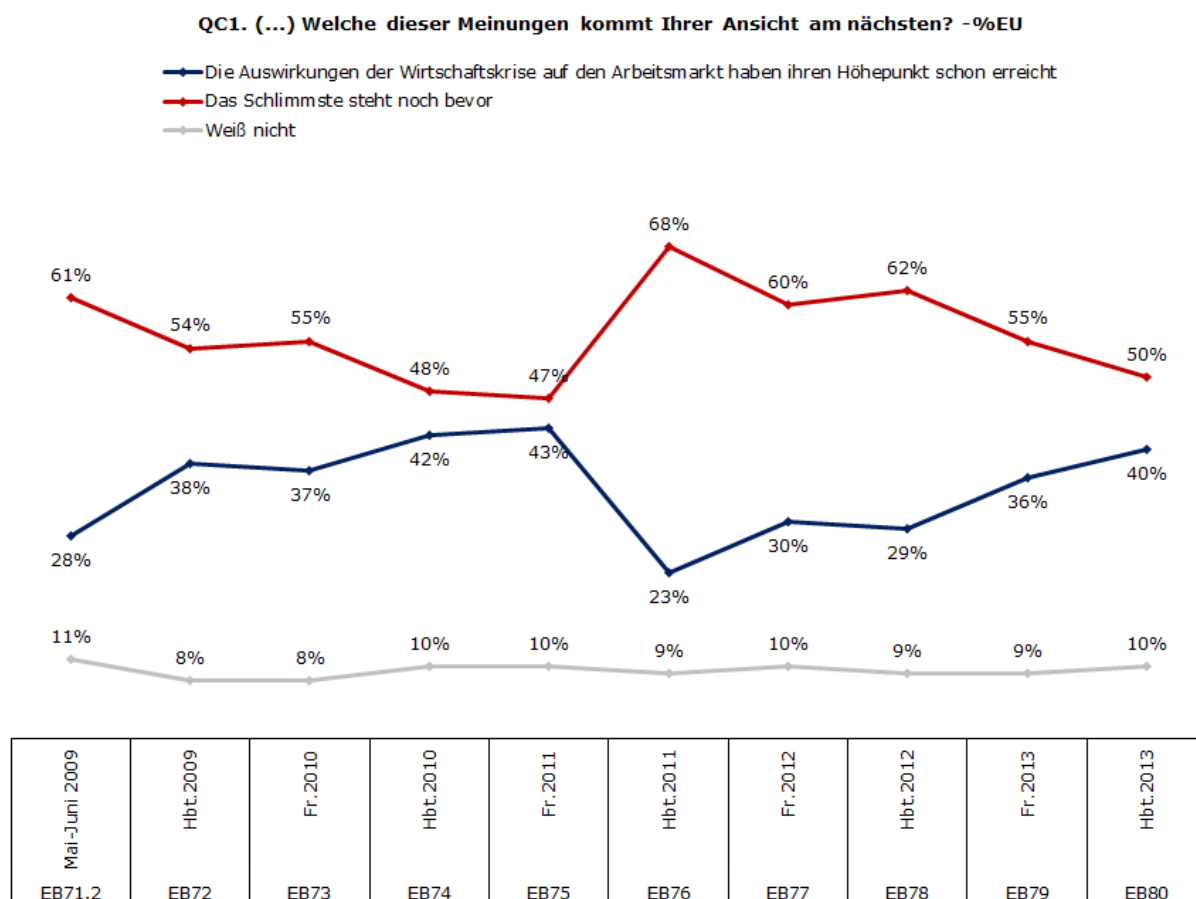
Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Umfrage nicht möglich gewesen.

.

I. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?

- Der Pessimismus geht zurück -

Nach einem Rückgang um sieben Prozentpunkte zwischen der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) und jener vom Frühjahr 2013 (EB79) (von 62% auf 55%) verzeichnet **der Pessimismus im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt** in dieser neuen Befragung vom Herbst 2013 erneut einen Rückgang: Nach einem Minus um fünf Prozentpunkte **stellt dieser nun 50% der Meinung der EU-Bürger⁶** dar und liegt somit ungefähr bei dem im Rahmen der Befragung vom Herbst 2010 erzielten Ausmaß (48%, EB74). Gleichzeitig schätzen 40% (+4 seit Frühjahr 2013) der Befragten, dass der Höhepunkt der Krise erreicht ist, was Zeichen eines größeren Optimismus ist. Langfristig betrachtet hat diese Meinung innerhalb von zwei Jahren um 17 Prozentpunkte zugelegt (seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011, EB76).



⁶ QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

Die mehrheitliche Meinung auf EU-Ebene (EU28 50%), laut derer die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben, **ist in den Ländern** der Euro-Zone weiter verbreitet als außerhalb der Euro-Zone (53% gegenüber 46%).

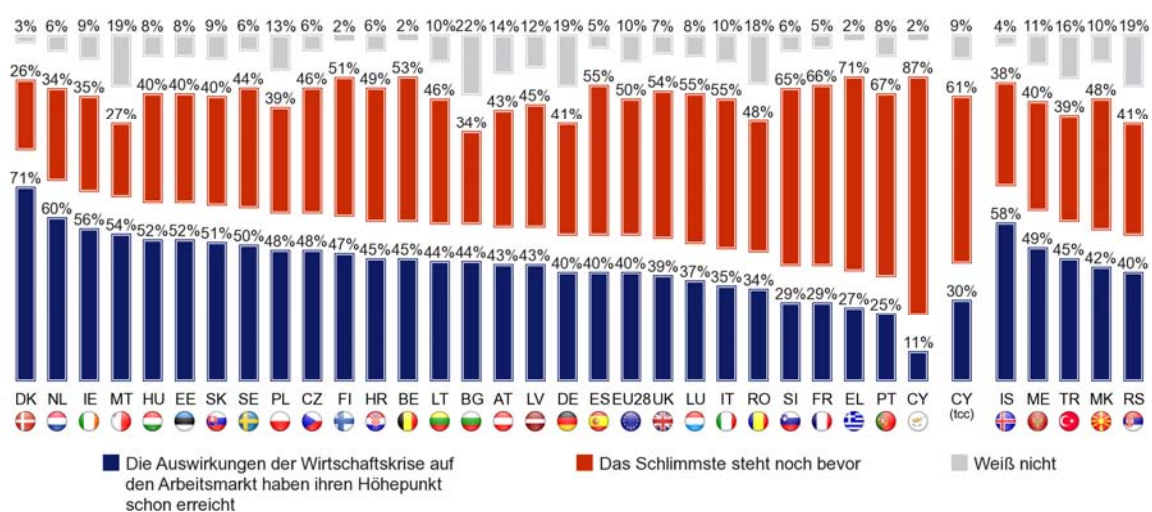
Diese Meinung überwiegt in 16 von 28 Ländern: Am stärksten zeigt sich dies auf Zypern (87%), in Griechenland (71%) und Portugal (67%).

Mehrheitlich optimistisch sind die Bürger in 11 Mitgliedstaaten: Dänemark (71%), Niederlande (60%), Irland (56%), Malta (54%), Ungarn und Estland (jeweils 52%), Slowakei (51%), Schweden (50%), Polen (48% gegenüber 39%), Tschechische Republik (48% gegenüber 46%) sowie Bulgarien (44% gegenüber 34%).

Genau geteilt sind die Meinungen in Österreich (jeweils 43%).

Von den fünf EU-Beitrittskandidaten sehen drei der Zukunft überwiegend mit Optimismus entgegen. Es sind dies Island (58%), Montenegro (49%) und die Türkei (45%). Die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie in Serbien sind gegenteiliger Meinung (48% bzw. 41% pessimistische Meinungen).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?





































In 20 von 28 Mitgliedstaaten sind die Befragten, die meinen, das Schlimmste bezüglich der Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt stünde noch bevor, weniger zahlreich als im Frühjahr 2013. Rückgänge sind vor allem in Irland (35%, -16 Prozentpunkte), den Niederlanden (34%, -16), in Polen (39%, -12), der Tschechischen Republik (46%, -11) sowie in Dänemark (26%, -10) zu beobachten.

In acht Mitgliedstaaten gewinnen die pessimistischen Prognosen an Stimmen: auf Zypern (87%, +4 Prozentpunkte), Rumänien (48%, +4), Litauen (46%, +4), Griechenland (71%, +3), Lettland (45%, +3), Bulgarien (34%, +3), Italien (55%, +1) sowie in Österreich (43%, +1).




































In vier der fünf Beitrittskandidaten-Länder steigt seit dem Frühjahr 2013 der Anteil derjenigen, die sich eher pessimistisch äußern. Dies ist vor allem in Island der Fall (38%, +14 Prozentpunkte), aber in geringerem Maße auch in Montenegro (40%, +3), in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (48%, +1) sowie in Serbien (41%, +1). Umgekehrt verzeichnet der Pessimismus in der Türkei einen Rückgang (39%, -2).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

		Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Weiß nicht	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
	EU28	50%	-5	40%	+4	10%	+1
	EURO-ZONE	53%	-5	37%	+4	10%	+1
	NICHT EURO-ZONE	46%	-4	44%	+4	10%	=
	CY	87%	+4	11%	-3	2%	-1
	LT	46%	+4	44%	-5	10%	+1
	RO	48%	+4	34%	-5	18%	+1
	BG	34%	+3	44%	-3	22%	=
	EL	71%	+3	27%	-3	2%	=
	LV	45%	+3	43%	-3	12%	=
	IT	55%	+1	35%	+1	10%	-2
	AT	43%	+1	43%	-1	14%	=
	EE	40%	-1	52%	-1	8%	+2
	HU	40%	-1	52%	+3	8%	-2
	FR	66%	-2	29%	+3	5%	-1
	HR	49%	-2	45%	+2	6%	=
	UK	54%	-3	39%	+2	7%	+1
	FI	51%	-5	47%	+6	2%	-1
	LU	55%	-6	37%	+2	8%	+4
	SK	40%	-6	51%	+5	9%	+1
	BE	53%	-7	45%	+7	2%	=
	ES	55%	-7	40%	+7	5%	=
	MT	27%	-7	54%	+5	19%	+2
	DE	41%	-8	40%	+6	19%	+2
	PT	67%	-8	25%	+6	8%	+2
	SI	65%	-8	29%	+6	6%	+2
	SE	44%	-9	50%	+8	6%	+1
	DK	26%	-10	71%	+11	3%	-1
	CZ	46%	-11	48%	+9	6%	+2
	PL	39%	-12	48%	+12	13%	=
	IE	35%	-16	56%	+16	9%	=
	NL	34%	-16	60%	+14	6%	+2
	CY (tcc)	61%	-7	30%	+3	9%	+4
	IS	38%	+14	58%	-16	4%	+2
	ME	40%	+3	49%	-5	11%	+2
	MK	48%	+1	42%	-3	10%	+2
	RS	41%	+1	40%	-4	19%	+3
	TR	39%	-2	45%	+4	16%	-2

Ein Vergleich der Ergebnisse mit jenen der Befragung vom Frühjahr 2009 (EB71.2)⁷ (als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde) zeigt, dass der von den europäischen Bürgern geäußerte Pessimismus der EU-Bürger in 24 Ländern der Europäischen Union innerhalb von viereinhalb Jahren abgenommen hat. Den stärksten Rückgang verzeichnen die Niederlande (34%, -48 Prozentpunkte), Lettland (45%, -37) und Estland (40%, -36). Allerdings zeigt sich in vier Ländern ein gegensätzlicher Trend: Zypern (7%, +14), Portugal (67%, +11), Italien (55%, +6) und Griechenland (71%, +2).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

		Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Hbt.2013 - Mai-Juni 2013	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Hbt.2013 - Mai-Juni 2013	Weiß nicht	Unt. Hbt.2013 - Mai-Juni 2013
	EU28	50%	-11	40%	+12	10%	-1
	EURO-ZONE	53%	-9	37%	+9	10%	=
	NICHT EURO-ZONE	46%	-13	44%	+15	10%	-2
	CY	87%	+14	11%	-8	2%	-6
	PT	67%	+11	25%	+2	8%	-13
	IT	55%	+6	35%	=	10%	-6
	EL	71%	+2	27%	-1	2%	-1
	FR	66%	-1	29%	+4	5%	-3
	MT	27%	-2	54%	+3	19%	-1
	SI	65%	-3	29%	+3	6%	=
	AT	43%	-8	43%	+11	14%	-3
	SE	44%	-8	50%	+5	6%	+3
	UK	54%	-9	39%	+8	7%	+1
	RO	48%	-10	34%	+15	18%	-5
	PL	39%	-11	48%	+15	13%	-4
	HU	40%	-12	52%	+16	8%	-4
	FI	51%	-14	47%	+15	2%	-1
	BG	34%	-16	44%	+28	22%	-12
	BE	53%	-16	45%	+19	2%	-3
	LT	46%	-17	44%	+14	10%	+3
	LU	55%	-18	37%	+17	8%	+1
	CZ	46%	-18	48%	+19	6%	-1
	HR	49%	-24	45%	+32	6%	-8
	SK	40%	-26	51%	+28	9%	-2
	DE	41%	-28	40%	+19	19%	+9
	IE	35%	-31	56%	+35	9%	-4
	ES	55%	-32	40%	+31	5%	+1
	DK	26%	-32	71%	+35	3%	-3
	EE	40%	-36	52%	+32	8%	+4
	LV	45%	-37	43%	+30	12%	+7
	NL	34%	-48	60%	+45	6%	+3
	CY (fcc)	61%	NA	30%	NA	9%	NA
	TR	39%	-6	45%	+6	16%	=
	MK	48%	-16	42%	+17	10%	-1
	IS	38%	NA	58%	NA	4%	NA
	ME	40%	NA	49%	NA	11%	NA
	RS	41%	NA	40%	NA	19%	NA

⁷ Spezial-Eurobarometer Nr. 316: Europeans, employment and social policy (Die Europäer, Beschäftigung und Sozialpolitik) http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_316_en.pdf

Die **soziodemografische Analyse** zeigt, dass **der Pessimismus hinsichtlich der Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt**, gemessen auf EU-Ebene (EU28 50%), von allen Bevölkerungskategorien geteilt wird. Allerdings zeigen sich einige Unterschiede.

So geben **die Befragten, die sich zu den gesellschaftlich eher benachteiligten Kategorien zählen**, in höherem Maß an, dass das Schlimmste noch bevorsteht: Jene mit dem geringsten Bildungsabschluss (60% gegenüber 44% derjenigen mit dem höchsten Abschluss) geben dies vermehrt an, ebenso die Arbeitslosen (61% gegenüber 39% der leitenden Angestellten) und jene, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken (68% gegenüber 44% jener, die keine derartigen Schwierigkeiten haben). Dies ist auch bei den geschiedenen oder getrennt lebenden Befragten der Fall (57% gegenüber 49% der Verheirateten). Diese Meinung teilen ebenfalls jene Personen vermehrt, die der Ansicht sind,

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?












	Das Schlimmste steht noch bevor	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Weiß nicht
EU28	50%	40%	10%
Geschlecht			
Männlich	50%	42%	8%
Weiblich	51%	38%	11%
Alter			
15-24	47%	41%	12%
25-39	49%	43%	8%
40-54	52%	39%	9%
55 +	52%	38%	10%
Ausbildung (Ende der)			
15-	60%	30%	10%
16-19	52%	38%	10%
20+	44%	47%	9%
Studiert noch	43%	45%	12%
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	46%	45%	9%
Leitende Angestellte	39%	52%	9%
Andere Angestellte	47%	44%	9%
Arbeiter	54%	37%	9%
Hausfrauen / -männer	55%	36%	9%
Arbeitslose	61%	31%	8%
Rentner / Pensionäre	52%	37%	11%
Schüler / Studenten	43%	45%	12%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	68%	25%	7%
Gelegentlich	54%	36%	10%
Nahezu nie / Nie	44%	46%	10%
Familienstand			
(Wieder)verheiratet	49%	41%	10%
Single lebt mit einem Partner zusammen	51%	40%	9%
Single	50%	40%	10%
Geschieden oder getrennt	57%	34%	9%
Witwe(r)	54%	34%	12%
Meine Stimme zählt in der EU			
Stimme zu	38%	53%	9%
Stimme nicht zu	56%	35%	9%
Die Globalisierung ist eine Chance			
Stimme zu	42%	50%	8%
Stimme nicht zu	63%	29%	8%

dass ihre Stimme in der Europäischen Union nicht zählt (56% gegenüber 38% derjenigen, die das Gegenteil denken) und die meinen, die EU könne ihre wirtschaftlichen Interessen nicht verteidigen (62% gegenüber 45% derjenigen, die meinen, dass sie dazu in der Lage ist). Und schließlich sind auch 63% der Befragten dieser Meinung, die die Globalisierung nicht als Chance betrachten (gegenüber 42%, die dies tun).

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Ergebnisse nach soziodemografischen Kriterien in der gesamten Europäischen Union (EU28), in den sechs größten EU-Staaten sowie in vier Ländern, die besonders von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

Das Schlimmste steht noch bevor

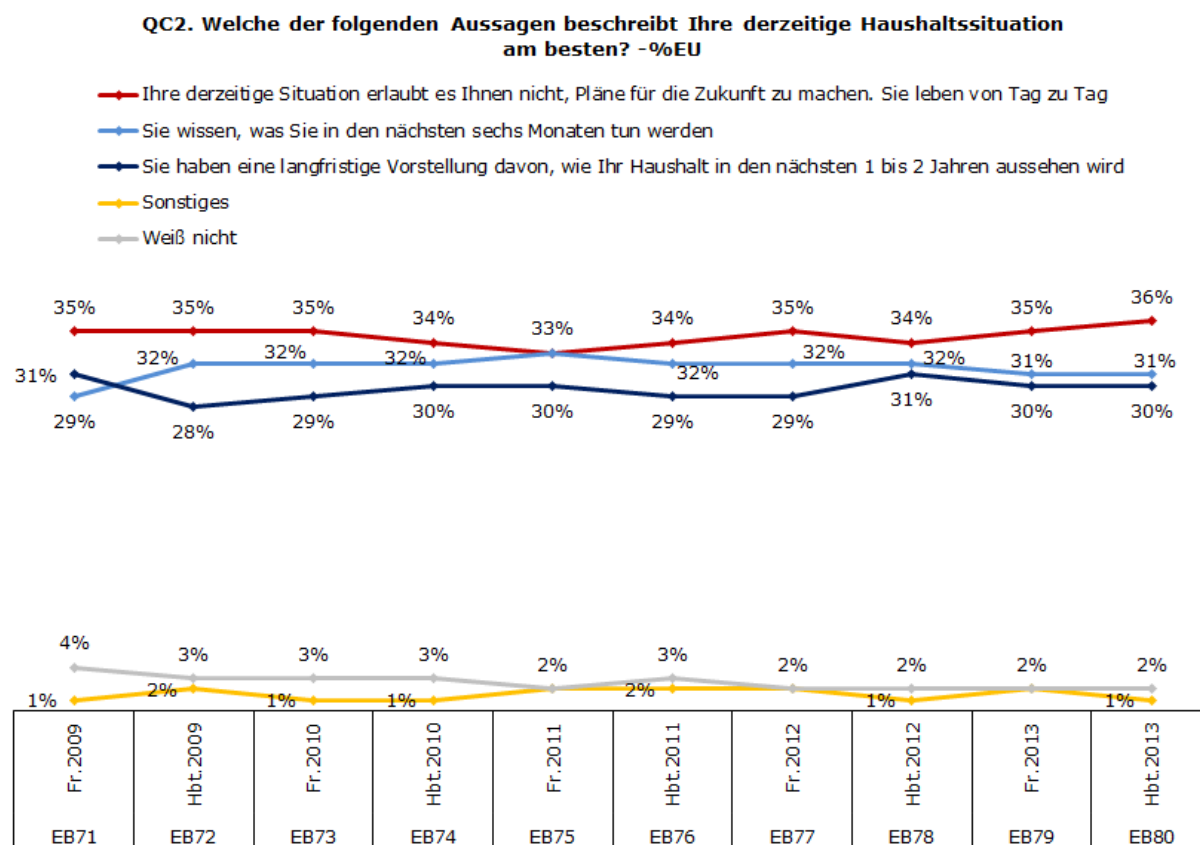
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	50%	41%	55%	66%	55%	39%	54%	71%	67%	35%	87%
Geschlecht											
Männlich	50%	41%	55%	62%	58%	41%	48%	71%	62%	34%	85%
Weiblich	51%	42%	55%	69%	52%	38%	60%	71%	71%	36%	89%
Alter											
15-24	47%	42%	58%	61%	52%	27%	53%	65%	56%	39%	85%
25-39	49%	40%	53%	62%	54%	37%	53%	72%	66%	29%	87%
40-54	52%	41%	53%	73%	56%	43%	56%	73%	66%	38%	90%
55 +	52%	43%	58%	65%	55%	44%	53%	71%	72%	36%	87%
Ausbildung (Ende der)											
15-	60%	50%	61%	74%	58%	60%	65%	76%	74%	43%	87%
16-19	52%	43%	54%	73%	56%	41%	56%	72%	63%	39%	92%
20+	44%	35%	48%	58%	47%	36%	44%	71%	54%	25%	85%
Studiert noch	43%	37%	58%	53%	51%	24%	51%	55%	49%	37%	79%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	46%	36%	48%	62%	53%	35%	43%	72%	69%	29%	88%
Leitende Angestellte	39%	32%	40%	49%	53%	34%	45%	82%	61%	21%	93%
Andere Angestellte	47%	40%	50%	70%	42%	38%	51%	68%	56%	33%	85%
Arbeiter	54%	48%	53%	72%	62%	42%	60%	74%	72%	37%	89%
Hausfrauen / -männer	55%	45%	55%	89%	58%	42%	50%	78%	73%	35%	97%
Arbeitslose	61%	53%	60%	77%	66%	49%	63%	79%	69%	44%	91%
Rentner / Pensionäre	52%	43%	58%	63%	55%	43%	58%	66%	69%	36%	83%
Schüler / Studenten	43%	37%	58%	53%	51%	24%	51%	55%	49%	37%	79%

II. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE

- Mehr als ein Drittel der Befragten geben an, von Tag zu Tag zu leben -

Die Meinung der EU-Bürger zur persönlichen Situation ihres Haushalts schwankt seit dem Frühjahr 2013 sehr wenig. Langfristig gilt diese Tendenz auch für den Zeitraum bis zur Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009 (EB71).

So sind mehr als ein Drittel (36%, +1 Prozentpunkt) der Befragten der Meinung, dass es ihre aktuelle Situation nicht erlaubt, Zukunftspläne zu schmieden⁸ und sie somit von Tag zu Tag leben müssen. Jede dritte Person (31%, unverändert) kann für die nächsten sechs Monaten planen, und jede dritte Person (30%, =) vermag langfristiger vorzuplanen (für ein oder zwei Jahre).



⁸ QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten? Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag; Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden; Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird; Sonstiges; Weiß nicht / Keine Angabe

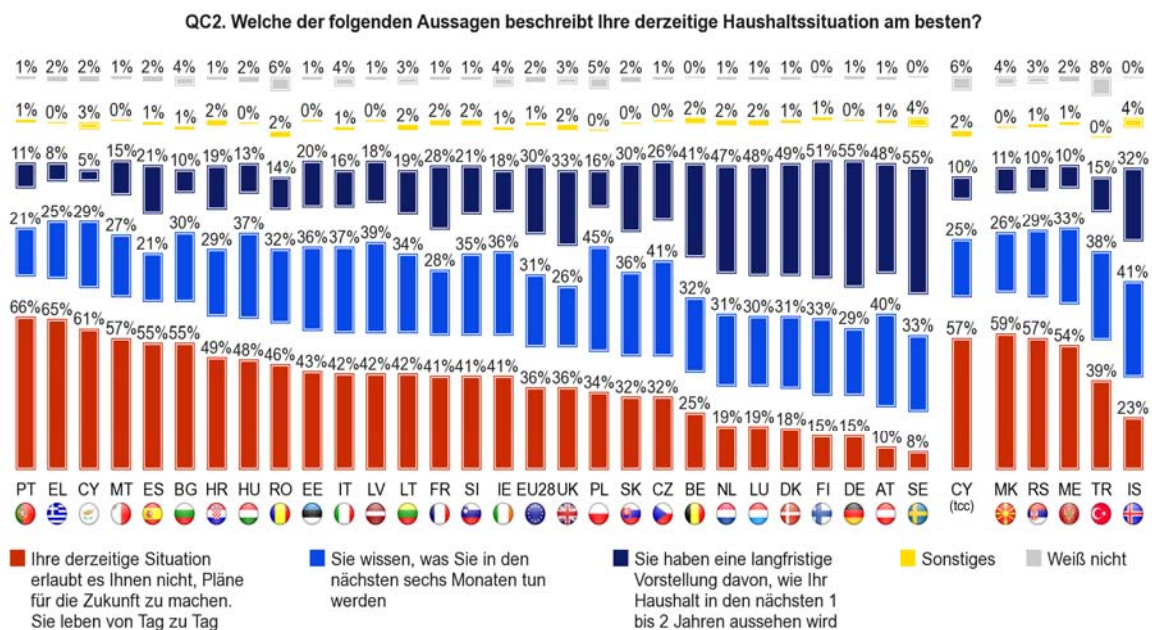
Je nach Land sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. So haben die Befragten in den Ländern der Eurozone häufiger eine langfristige Sicht (32%, gegenüber 25% außerhalb der Eurozone).

Von jenen EU-Bürgern, die die größten Schwierigkeiten dabei haben, Pläne für die Zukunft zu schmieden, gibt in folgenden Ländern die absolute Mehrheit an, von Tag zu Tag zu leben (EU28, 36%): Portugal (66%), Griechenland (65%), Zypern (61%), Malta (57%), Bulgarien und Spanien (jeweils 55%). Diese Meinung teilt auch eine relative Mehrheit der Befragten in Kroatien (49%), Ungarn (48%), Rumänien (46%), Estland (43%), Litauen (42%), Italien (42%), Lettland (42%), Frankreich (41%), Slowenien (41%), Irland (41%) und dem Vereinigten Königreich (36%).

In vier der fünf Beitrittskandidaten-Länder gibt die Mehrheit der Befragten die Antwort „Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag“. So in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (59%), Serbien (57%), Montenegro (54%) und der Türkei (39%).

In Polen (45%), der Tschechischen Republik (41%) und der Slowakei (36%) **ist die Mehrheit der Befragten in der Lage, mittelfristig Zukunftspläne zu schmieden und wählt die Antwort „Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden“** (EU28, 31%). Auch in einem der Beitrittskandidaten-Länder ist dies der Fall, nämlich in Island (41%).

Was die EU-Bürger angeht, die am langfristigen, d.h., für die nächsten ein oder zwei Jahre, vorplanen können (EU28, 30%), so sind diese am häufigsten in Schweden und Deutschland anzutreffen (jeweils 55%) sowie in Finnland (51%). Die Antwort „Sie wissen, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird“ wird ebenfalls häufig in Dänemark (49%), Österreich (48%), Luxemburg (48%), den Niederlanden (47%) sowie in Belgien (41%) angegeben.





































Die Tatsache, „von Tag zu Tag“ zu leben, wird in 13 Mitgliedstaaten im Herbst 2013 häufiger als im Frühjahr desselben Jahres angegeben. Besonders ist dies der Fall in Slowenien (41%, +10 Prozentpunkte), Portugal (66%, +5) und Bulgarien (55%, +4).

Umgekehrt geben in 11 weiteren Ländern mehr befragte an, weniger Schwierigkeiten als im Frühjahr 2013 zu haben. Vor allem zeigt sich dies in Litauen (42%, -6 Prozentpunkte), in Ungarn (48%, -5) sowie in Lettland (42%, -5).

In vier Ländern sind die Ergebnisse unverändert geblieben: in Frankreich (41%), Luxemburg (19%), Deutschland (15%) und Österreich (10%).

QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?

	Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Sonstiges	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Weiß nicht	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
 EU28	36%	+1	31%	=	30%	=	1%	-1	2%	=
EURO-ZONE	35%	+1	30%	=	32%	-1	1%	=	2%	=
NICHT EURO-ZONE	37%	+1	33%	-1	25%	=	2%	=	3%	=
 SI	41%	+10	35%	=	21%	-11	2%	=	1%	+1
 PT	66%	+5	21%	-4	11%	-1	1%	=	1%	=
 BG	55%	+4	30%	-4	10%	-1	1%	+1	4%	=
 BE	25%	+3	32%	-6	41%	+3	2%	=	0%	=
 IT	42%	+3	37%	+3	16%	-5	1%	=	4%	-1
 DK	18%	+2	31%	+4	49%	-6	1%	-1	1%	+1
 CY	61%	+2	29%	-2	5%	-1	3%	=	2%	+1
 NL	19%	+2	31%	-3	47%	+1	2%	=	1%	=
 SK	32%	+2	36%	-5	30%	+2	0%	=	2%	+1
 UK	36%	+2	26%	-1	33%	=	2%	-2	3%	+1
 IE	41%	+1	36%	+5	18%	-5	1%	=	4%	-1
 ES	55%	+1	21%	-2	21%	+1	1%	-1	2%	+1
 RO	46%	+1	32%	+1	14%	-1	2%	-1	6%	=
 DE	15%	=	29%	=	55%	=	0%	=	1%	=
 FR	41%	=	28%	-2	28%	+2	2%	=	1%	=
 LU	19%	=	30%	+4	48%	-2	2%	-1	1%	-1
 AT	10%	=	40%	=	48%	-1	1%	=	1%	+1
 EE	43%	-2	36%	-2	20%	+3	0%	=	1%	+1
 PL	34%	-2	45%	=	16%	+1	0%	=	5%	+1
 FI	15%	-2	33%	+5	51%	-2	1%	=	0%	-1
 CZ	32%	-3	41%	-1	26%	+4	0%	=	1%	=
 EL	65%	-3	25%	=	8%	+1	0%	=	2%	+2
 HR	49%	-3	29%	-1	19%	+4	2%	=	1%	=
 MT	57%	-3	27%	+3	15%	=	0%	=	1%	=
 SE	8%	-3	33%	+1	55%	+1	4%	+2	0%	-1
 LV	42%	-5	39%	+3	18%	+3	0%	=	1%	-1
 HU	48%	-5	37%	+4	13%	=	0%	=	2%	+1
 LT	42%	-6	34%	+4	19%	=	2%	=	3%	+2
CY (tcc)	57%	-8	25%	+2	10%	-1	2%	+2	6%	+5
 ME	54%	+11	33%	-1	10%	-7	1%	-1	2%	-2
 IS	23%	+2	41%	+8	32%	-12	4%	+2	0%	=
 RS	57%	+2	29%	=	10%	=	1%	=	3%	-2
 MK	59%	-2	26%	-1	11%	+2	0%	-1	4%	+2
 TR	39%	-11	38%	+6	15%	+3	0%	-1	8%	+3

Bei der soziodemografischen Analyse kristallisieren sich gewisse Unterschiede heraus, die bereits in den vorhergehenden Umfragen zu beobachten waren. Somit erweist sich **das Schmieden von Zukunftsplänen für sozial am stärksten benachteiligte Personen als schwieriger**. Diese geben in höherer Zahl an, dass sie „von Tag zu Tag“ leben. Insbesondere ist dies bei 51% der Befragten mit dem geringsten Bildungsgrad zu beobachten (gegenüber 24% der Befragten mit dem höchsten Bildungsgrad), während es bei den Arbeitslosen 68% sind (gegenüber 13% der leitenden Angestellten) und 73% bei denjenigen, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen (gegenüber 22% derjenigen, die keine Schwierigkeiten haben).

Auch bei den geschiedenen oder getrennt lebenden Personen ist dies der Fall (49%, gegenüber 32% der verheirateten Personen), sowie bei jenen, die die Globalisierung nicht als eine Chance betrachten (43%, gegenüber 28% jener, die das Gegenteil meinen), oder jenen, die der Meinung sind, dass in Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung das Schlimmste noch bevorsteht (45% gegenüber 27% jener, die der Meinung sind, dass die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat).












QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?

	Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag	Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden	Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird	Sonstiges	Weiß nicht
EU28	36%	31%	30%	1%	2%
Geschlecht					
Männlich	34%	31%	32%	1%	2%
Weiblich	38%	31%	28%	1%	2%
Alter					
15-24	29%	38%	27%	2%	4%
25-39	36%	32%	29%	1%	2%
40-54	39%	29%	29%	1%	2%
55 +	37%	29%	31%	1%	2%
Ausbildung (Ende der)					
15-	51%	25%	21%	1%	2%
16-19	40%	31%	26%	1%	2%
20+	24%	32%	41%	1%	2%
Studiert noch	20%	39%	33%	3%	5%
Sozio-professionelle Kategorie					
Selbstständige	30%	34%	33%	1%	2%
Leitende Angestellte	13%	29%	56%	1%	1%
Andere Angestellte	28%	39%	30%	1%	2%
Arbeiter	37%	34%	26%	1%	2%
Hausfrauen / -männer	48%	25%	23%	1%	3%
Arbeitslose	68%	20%	8%	2%	2%
Rentner / Pensionäre	38%	29%	30%	1%	2%
Schüler / Studenten	20%	39%	33%	3%	5%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
Meistens	73%	17%	6%	1%	3%
Gelegentlich	47%	34%	16%	1%	2%
Nahezu nie / Nie	22%	33%	42%	1%	2%
Familienstand					
(Wieder)verheiratet	32%	31%	34%	1%	2%
Single lebt mit einem Partner zusammen	34%	32%	31%	1%	2%
Single	38%	33%	24%	2%	3%
Geschieden oder getrennt	49%	28%	20%	1%	2%
Witwe(r)	48%	26%	22%	1%	3%
Die Globalisierung ist eine Chance					
Stimme zu	28%	33%	37%	1%	1%
Stimme nicht zu	43%	30%	24%	1%	2%
Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt					
Haben ihren Höhepunkt schon erreicht	27%	34%	36%	1%	2%
Das Schlimmste steht noch bevor	45%	28%	24%	1%	2%

Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse nach soziodemografischen Kriterien in der gesamten Europäischen Union (EU28) im Durchschnitt, in den sechs größten Ländern der EU sowie in vier besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern.

QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?

Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	36%	15%	55%	41%	42%	34%	36%	65%	66%	41%	61%
Geschlecht											
Männlich	34%	14%	54%	37%	42%	35%	31%	64%	61%	38%	58%
Weiblich	38%	16%	56%	45%	41%	34%	40%	66%	70%	43%	63%
Alter											
15-24	29%	12%	47%	34%	38%	24%	30%	51%	51%	39%	51%
25-39	36%	13%	53%	38%	47%	29%	38%	66%	63%	40%	54%
40-54	39%	19%	62%	47%	44%	37%	38%	68%	70%	46%	67%
55 +	37%	14%	54%	42%	38%	42%	36%	70%	70%	38%	69%
Ausbildung (Ende der)											
15-	51%	23%	64%	60%	45%	56%	53%	77%	73%	53%	74%
16-19	40%	17%	58%	52%	46%	41%	40%	68%	65%	49%	69%
20+	24%	9%	44%	26%	38%	26%	17%	60%	50%	28%	49%
Studiert noch	20%	8%	36%	23%	27%	16%	20%	44%	40%	25%	44%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	30%	9%	45%	41%	44%	22%	22%	57%	52%	28%	48%
Leitende Angestellte	13%	4%	30%	16%	34%	18%	12%	55%	52%	20%	11%
Andere Angestellte	28%	14%	44%	39%	29%	24%	29%	67%	55%	22%	60%
Arbeiter	37%	15%	52%	46%	51%	30%	38%	65%	69%	45%	60%
Hausfrauen / -männer	48%	22%	53%	63%	44%	45%	63%	71%	72%	55%	58%
Arbeitslose	68%	54%	80%	62%	72%	61%	70%	81%	80%	70%	82%
Rentner / Pensionäre	38%	16%	51%	42%	36%	46%	39%	67%	69%	34%	72%
Schüler / Studenten	20%	8%	36%	23%	27%	16%	20%	44%	40%	25%	44%

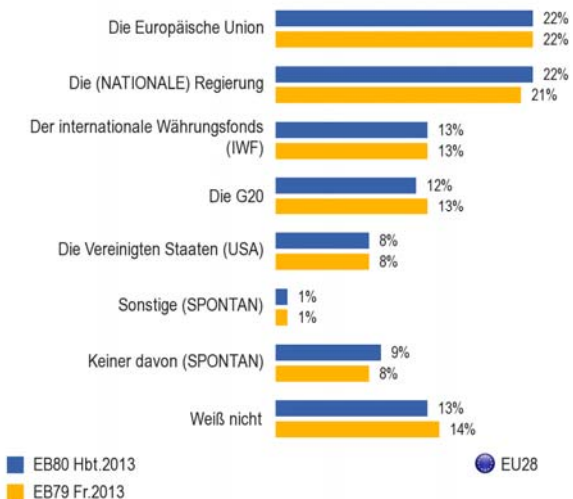
III. DIE EFFIZIENTESTEN AKTEURE FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER KRISE

- Die Europäische Union und die nationale Regierung sind jene Akteure, die am besten in der Lage sind, wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu ergreifen -

Die EU-Bürger wurden dazu aufgefordert, jenen Akteur anzuführen, der ihnen als am besten in der Lage erscheint, Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen⁹.

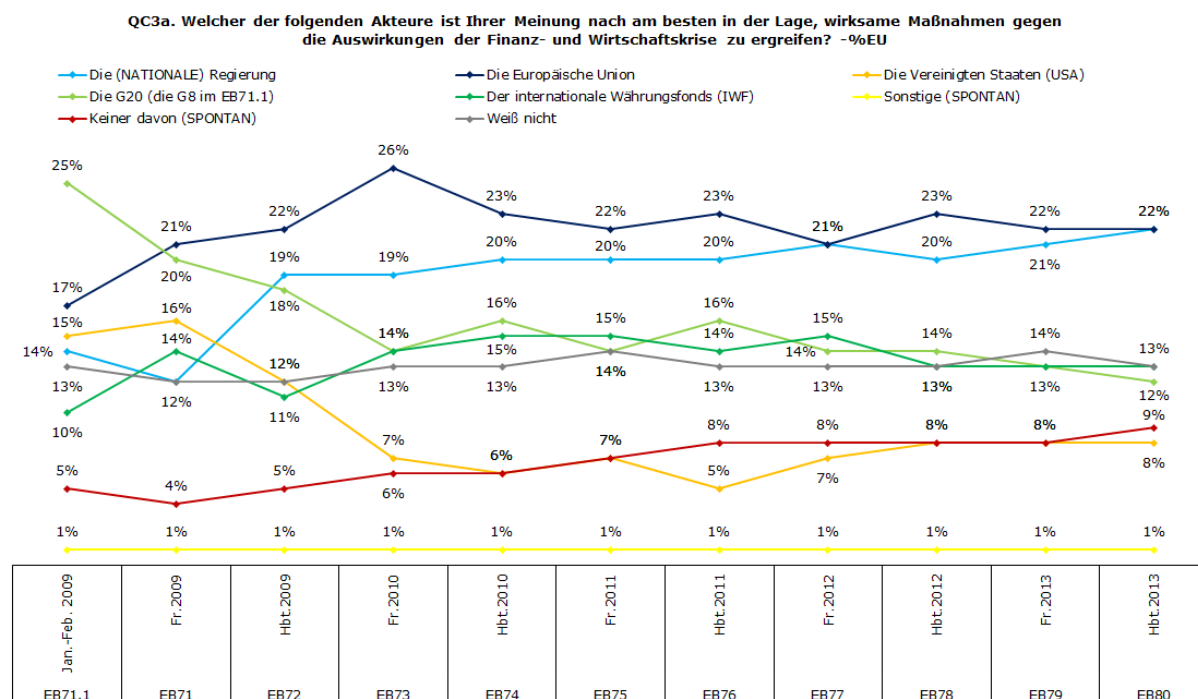
Die Europäische Union und die nationale Regierung werden von den Befragten gleich häufig angeführt: jeweils 22%. In Bezug auf die Europäische Union ist das Ergebnis seit 2013 gleich geblieben, während die nationale Regierung einen Zuwachs um einen Prozentpunkt verzeichnet.

QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?



Der Internationale Währungsfonds pendelt sich bei 13% ein. Die G20 wiederum erzielt 12% (-1 Prozentpunkt) der Stimmen, während die Vereinigten Staaten von 8% der Befragten angeführt werden (unverändert).

⁹ QC3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen? (ROTIEREN): Die (NATIONALE) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten (USA); Die G20; Der Internationale Währungsfonds (IWF); Sonstige (SPONTAN); Keiner davon (SPONTAN); Weiß nicht/Keine Angabe



Zwischen den einzelnen Ländern werden erhebliche Unterschiede verzeichnet. Dies zeigt sich insbesondere in Bezug auf die Nennungen für „die nationale Regierung“, die in den Ländern außerhalb der Euro-Zone häufiger genannt wird (27% gegenüber 20% in der Euro-Zone).

Die Mitgliedstaaten, in denen die Europäische Union als am besten in der Lage betrachtet wird, Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu setzen (EU28, 22%) sind Malta (36%), Bulgarien (35%), Polen (34%), Luxemburg (32%) sowie Slowenien (30%).

Einen Zuwachs verzeichnen diesbezüglich 15 Mitgliedstaaten, insbesondere Schweden (25%, +10 Prozentpunkte) sowie Slowenien (30%, +6), Zypern (24%, +6) aber auch drei Beitrittskandidaten: Island (19%, +6), Montenegro (28%, +4) und Serbien (21%, +1).

In folgenden Ländern wird die nationale Regierung (EU28 22%) am häufigsten als effizienter Akteur angeführt: Rumänien (45%), Großbritannien (36%) und Malta (31%) sowie in einem Beitrittsland, nämlich der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (34%).



































Hierzu ist anzumerken, dass der Anteil jener, die die nationale Regierung anführen, seit dem Frühjahr 2013 einen Rückgang verzeichnet. Besonders ausgeprägt ist dieser in Island (26%, -16 Prozentpunkte) und der Türkei (27%, -9).

Der Internationale Währungsfonds wiederum wird in folgenden Ländern als besonders effizient betrachtet (EU28, 13%): Finnland (28%), Frankreich (19%), aber auch in Irland, Luxemburg, Dänemark, Belgien oder Kroatien (jeweils 17%). Dies ist auch in einem der Beitrittskandidaten-Länder der Fall, nämlich in Island (20%).

Die G20 (EU28, 12%) wird vor allem in der Tschechischen Republik (39%), in der Slowakei (27%) und den Niederlanden (26%) angeführt. Am seltensten wird sie in zwei Beitrittsländern angeführt: Montenegro und Serbien (jeweils 2%) sowie in einem Mitgliedstaat, nämlich Rumänien (4%).

Die Vereinigten Staaten (EU28 8%) werden besonders in der Tschechischen Republik (16%), in Dänemark (15%) sowie in einem Beitrittsland als effizient betrachtet, nämlich in der Türkei (14%). In 15 Mitgliedstaaten und vier Beitrittsländern werden sie seltener genannt als im Frühjahr 2013.

QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

	Die Europäische Union	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Die (NATIONALE) Regierung	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Der internationale Währungs-fonds (IWF)	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Die G20	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Die Vereinigten Staaten (USA)	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
 EU28	22%	=	22%	+1	13%	=	12%	-1	8%	=
EURO-ZONE	23%	=	20%	+2	14%	-1	13%	+1	7%	-1
NICHT EURO-ZONE	21%	+1	27%	=	11%	+1	11%	-2	9%	+1
 BE	29%	-3	17%	+2	17%	+2	20%	+3	8%	-2
 BG	35%	+4	15%	-6	9%	+2	15%	-1	6%	+2
 CZ	10%	=	6%	+2	14%	+2	39%	-4	16%	+1
 DK	17%	-1	17%	+4	17%	-1	22%	-2	15%	-2
 DE	24%	+1	21%	+1	14%	-1	17%	=	3%	-1
 EE	24%	+2	11%	-1	10%	-3	25%	+4	5%	=
 IE	28%	+3	19%	=	17%	+1	9%	+1	8%	-2
 EL	22%	-2	29%	+5	4%	-1	9%	-2	4%	-1
 ES	23%	+4	17%	+2	11%	-3	6%	+1	11%	=
 FR	21%	-1	18%	-1	19%	+1	14%	+2	8%	+1
 HR	23%	-3	23%	=	17%	+5	9%	+1	10%	-1
 IT	22%	-3	23%	+5	12%	-2	7%	=	10%	-3
 CY	24%	+6	18%	-7	15%	+4	12%	=	5%	-2
 LV	22%	=	13%	-5	9%	-1	16%	+5	5%	-1
 LT	28%	+1	12%	-2	10%	+3	12%	+1	10%	+1
 LU	32%	+3	7%	-6	17%	-1	22%	+4	7%	-3
 HU	26%	+1	24%	+6	12%	-3	9%	-1	10%	=
 MT	36%	+4	31%	+2	8%	-4	8%	-1	5%	+1
 AT	24%	=	21%	+3	16%	+2	11%	=	4%	-1
 NL	20%	+3	19%	-2	15%	-1	26%	-3	6%	+2
 PL	34%	+1	15%	+2	9%	+1	5%	-6	9%	-1
 PT	23%	-1	20%	-3	7%	+1	8%	-1	9%	-1
 RO	25%	+2	45%	-2	9%	+3	4%	=	4%	-2
 SI	30%	+6	9%	-1	13%	-2	8%	-2	8%	-2
 SK	26%	=	11%	+3	13%	-3	27%	=	5%	=
 FI	22%	-1	15%	-3	28%	+3	16%	+2	9%	=
 SE	25%	+10	26%	-3	14%	-1	20%	-3	5%	=
 UK	10%	-1	36%	=	12%	=	10%	+1	9%	+2
CY (tcc)	24%	-8	11%	+1	17%	+3	11%	+4	13%	-3
 MK	20%	-2	34%	-1	10%	=	7%	+2	10%	-3
 IS	19%	+6	26%	-16	20%	+4	17%	+5	6%	=
 ME	28%	+4	23%	-4	13%	+3	2%	-1	8%	-2
 RS	21%	+1	23%	+4	10%	-2	2%	-2	8%	-3
 TR	14%	=	27%	-9	9%	=	6%	-1	14%	-2

Bei der soziodemografischen Analyse zeigt sich, dass die jüngeren Bevölkerungsschichten der Europäischen Union mehr Vertrauen entgegenbringen (27% der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 20% der Befragten ab 55 Jahren), aber auch jene mit einem höheren Bildungsabschluss (24% gegenüber 19% derjenigen mit einem geringeren Bildungsabschluss) sowie jene, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben (24% gegenüber 17% jener, die solche haben). Auch von den Arbeitern und Selbstständigen wird diese Meinung häufiger geäußert (24% gegenüber 17% der Hausmänner und -frauen). Und schließlich äußern sich jene, die meinen, dass ihre Stimme in der EU zählt (32% gegenüber 19% jener, die das Gegenteil meinen) sowie jene, die die Globalisierung als eine Chance betrachten, ähnlich (28% gegenüber 17% jener, die meinen, sie stelle keine Chance dar).
















Am stärksten der Meinung, dass ihre nationale Regierung am ehesten in der Lage ist, Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu setzen, sind die ältesten Befragten (24% der Befragten ab 55 Jahren gegenüber 20% der 15- bis 39-Jährigen). Dies ist auch bei jenen der Fall, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren beendet haben (28% gegenüber 19% derjenigen mit dem höchsten Bildungsgrad). Gleiches gilt für Hausmännern und -frauen (30%) sowie für Rentner (25% gegenüber 19% der leitenden Angestellten).

QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

	Die Europäische Union	Die (NATIONALE) Regierung	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Die G20	Die Vereinigten Staaten (USA)
EU28	22%	22%	13%	12%	8%
Geschlecht					
Männlich	23%	21%	14%	14%	9%
Weiblich	22%	23%	12%	10%	7%
Alter					
15-24	27%	20%	12%	11%	10%
25-39	24%	20%	13%	14%	9%
40-54	22%	23%	13%	13%	7%
55 +	20%	24%	13%	11%	7%
Ausbildung (Ende der)					
15-	19%	28%	9%	7%	7%
16-19	22%	23%	13%	11%	8%
20+	24%	19%	16%	17%	8%
Studiert noch	29%	18%	13%	13%	10%
Sozio-professionelle Kategorie					
Selbstständige	24%	20%	14%	14%	7%
Leitende Angestellte	23%	19%	18%	17%	8%
Andere Angestellte	23%	21%	14%	13%	8%
Arbeiter	24%	22%	12%	12%	7%
Hausfrauen / -männer	17%	30%	10%	7%	6%
Arbeitslose	21%	22%	10%	10%	10%
Rentner / Pensionäre	20%	25%	13%	11%	6%
Schüler / Studenten	29%	18%	13%	13%	10%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
Meistens	17%	23%	10%	10%	8%
Gelegentlich	23%	24%	11%	10%	8%
Nahezu nie / Nie	24%	22%	15%	13%	7%
Meine Stimme zählt in der EU					
Stimme zu	32%	20%	15%	15%	7%
Stimme nicht zu	19%	24%	12%	11%	8%
Die Globalisierung ist eine Chance					
Stimme zu	28%	21%	15%	14%	8%
Stimme nicht zu	17%	24%	13%	11%	8%

Aus der folgenden Tabelle gehen die Durchschnittsergebnisse in der Europäischen Union (EU28) nach soziodemografischen Kriterien, in den sechs größten EU-Ländern sowie in vier Ländern, die von der Wirtschaftskrise besonders betroffen sind, hervor.

QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

Die Europäische Union											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	22%	24%	23%	21%	22%	34%	10%	22%	23%	28%	24%
 Geschlecht											
Männlich	23%	24%	25%	23%	24%	32%	11%	23%	24%	32%	26%
Weiblich	22%	24%	22%	19%	21%	37%	9%	21%	21%	25%	22%
 Alter											
15-24	27%	29%	26%	22%	21%	42%	17%	25%	21%	41%	21%
25-39	24%	27%	27%	24%	21%	37%	12%	22%	22%	28%	26%
40-54	22%	22%	21%	20%	25%	33%	8%	26%	24%	25%	24%
55 +	20%	22%	22%	20%	21%	30%	7%	18%	23%	24%	24%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	19%	23%	19%	19%	20%	31%	7%	17%	23%	19%	20%
16-19	22%	23%	26%	20%	26%	31%	8%	20%	22%	25%	20%
20+	24%	25%	28%	24%	14%	36%	13%	27%	24%	31%	29%
Studiert noch	29%	28%	28%	20%	24%	44%	24%	27%	20%	50%	31%
 Sozio-professionnelle Kategorie											
Selbstständige	24%	28%	26%	21%	25%	32%	10%	30%	17%	30%	6%
Leitende Angestellte	23%	25%	26%	23%	28%	31%	14%	19%	28%	25%	32%
Andere Angestellte	23%	24%	27%	13%	22%	35%	10%	22%	24%	29%	27%
Arbeiter	24%	25%	27%	24%	29%	39%	8%	22%	21%	26%	22%
Hausfrauen / -männer	17%	23%	11%	13%	15%	54%	2%	18%	33%	22%	25%
Arbeitslose	21%	13%	23%	28%	16%	23%	10%	16%	21%	26%	21%
Rentner / Pensionäre	20%	23%	22%	19%	21%	31%	6%	21%	23%	25%	27%
Schüler / Studenten	29%	28%	28%	20%	24%	44%	24%	27%	20%	50%	31%

IV. MASSNAHMEN, DIE DIE EUROPÄISCHE UNION ERGREIFEN SOLLTE

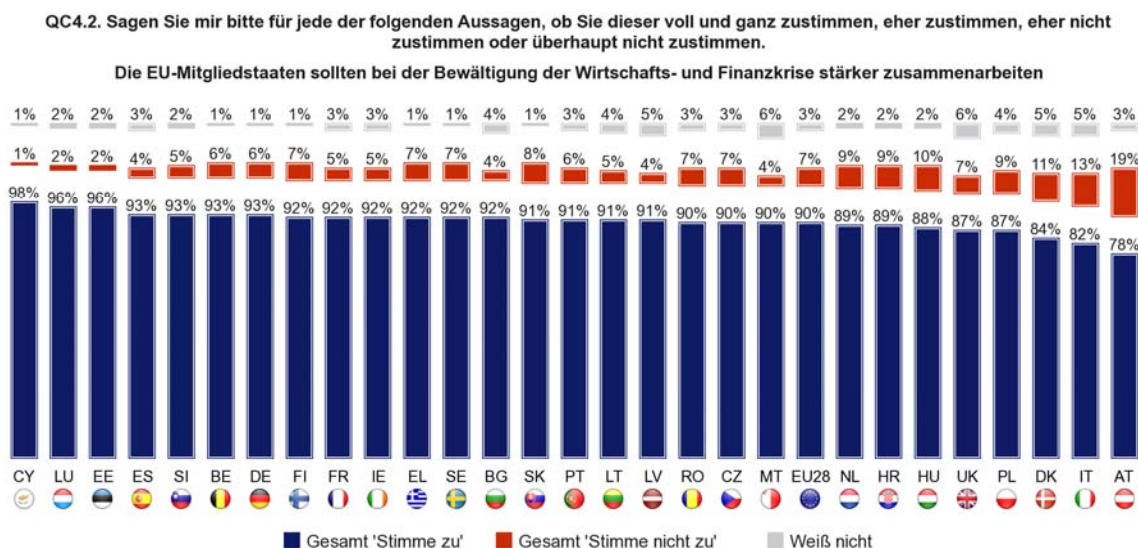
- Eine starke Europäische Union, deren Mitgliedstaaten jedoch stärker zusammenarbeiten sollten –

1. EINE WICHTIGERE ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION

Zusammenarbeit

Neun von zehn Befragten (seit dem Frühjahr 2013 unverändert) würden **eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der EU** begrüßen, um besser gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise vorgehen zu können¹⁰.

Diese stärkere Zusammenarbeit würde sich fast die gesamte Bevölkerung Zyperns (98%), Estlands und Luxemburgs wünschen (jeweils 96%). In 11 Mitgliedstaaten verzeichnet diese Meinung einen sehr leichten Zuwachs.



Macht und Mittel der Europäischen Union

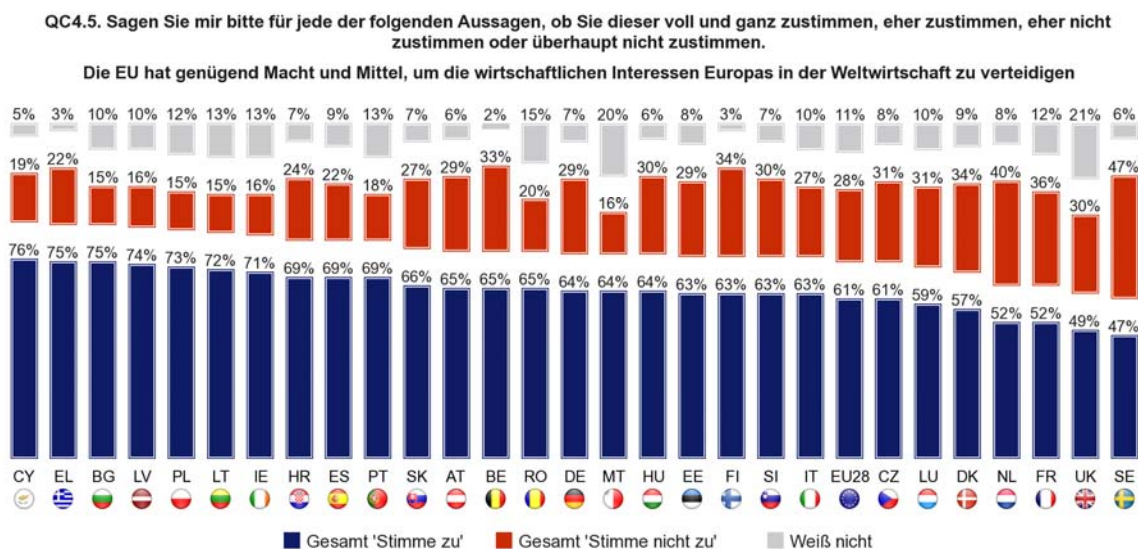
Etwas mehr als sechs von zehn Befragten (61%, +1 Prozentpunkt seit dem Frühjahr 2013) sind der Meinung, dass **die Europäische Union über ausreichend Macht und Mittel verfügt**, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen¹¹. 28% (-1) sind gegenteiliger Meinung.

¹⁰ QC4.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten.

¹¹ QC4.5 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen

Jene Mitgliedstaaten, in denen die Bevölkerung am stärksten davon überzeugt ist, sind Zypern (76%), Bulgarien und Griechenland (jeweils 75%). Diese Meinung verzeichnet seit dem Frühjahr 2013 in 17 Ländern einen Zuwachs.

Umgekehrt sind Schweden und Großbritannien die einzigen Länder in denen sich weniger als jeder Zweite dieser Meinung anschließt (47% bzw. 49%).



Das Gefühl, dass **die verschiedenen Mitgliedstaaten vermehrt zusammenarbeiten sollten**, teilt in allen soziodemografischen Kategorien die überwältigende Mehrheit der Befragten. Auffallend ist nur, dass diese Meinung bei jenen Personen, die angeben, dass ihr Land Reformen benötigt, in noch höherem Maß vertreten wird (92% gegenüber 70% derjenigen, die das Gegenteil meinen).

Die Ansicht, dass die **EU über genügend Macht und Mittel verfügt, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen**, ist bei den Befragten zwischen 25 und 39 Jahren (67% gegenüber 57% der Befragten ab 55 Jahren) etwas stärker ausgeprägt, aber auch bei jenen, die ihre Ausbildung nach dem Alter von 19 Jahren fortgesetzt haben (64% gegenüber 57% derjenigen mit einem geringeren Bildungsabschluss). Vor allem trifft dies aber auf jene zu, die der Ansicht sind, ihre Stimme zähle in der EU (73% gegenüber 58% jener, die das Gegenteil meinen), jene, die die Globalisierung als Chance betrachten (71% gegenüber 54% jener, die dies nicht so sehen), und jene, die meinen, die Auswirkungen auf die Krise haben bereits ihren Höhepunkt erreicht (72% gegenüber 56%, die glauben, das Schlimmste stünde noch bevor).

2. DIE WIRKSAMSTEN MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE

Acht Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden den Befragten vorgelegt. Alle Bereiche wurden mehrheitlich für wirksam gehalten¹². Zur Erinnerung – dies war bereits im Frühjahr 2013 der Fall. Die damaligen Ergebnisse waren jenen der aktuellen Befragung vom Herbst 2013 sehr ähnlich.

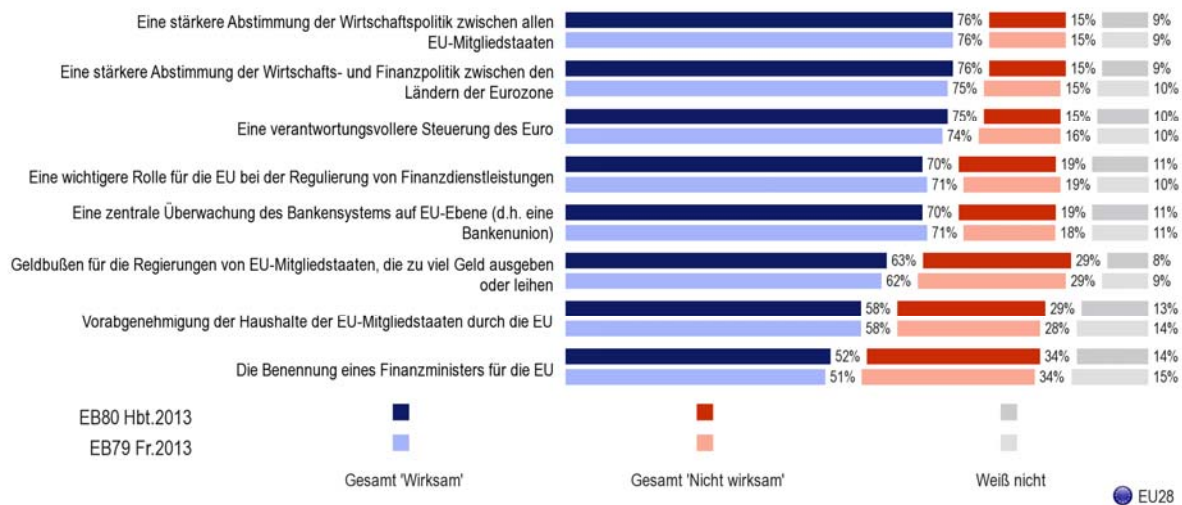
- So meinen mehr als drei Viertel der EU-Bürger (**76%** unverändert), **dass eine verstärkte Koordination der Politiken aller EU-Mitgliedstaaten** zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise beitragen würden.
- Hoch ist auch der Anteil jener (**76%**, +1 Prozentpunkt), die dies von **einer stärkeren Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken zwischen den Ländern der Euro-Zone** denken.
- Diejenigen, die **einer verantwortungsvolleren Steuerung des Euro** den Vorzug geben würden, stellen **75%** der europäischen Bevölkerung – ein Prozentpunkt mehr als im Frühjahr 2013.

Die weiteren präsentierten Maßnahmen werden jeweils von weniger als drei Viertel der Befragten angeführt:

- Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen (70%, -1 Prozentpunkt);
- Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (70%, -1);
- Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen (63%, +1);
- Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU (58%, unverändert);
- Die Ernennung eines Finanzministers für die EU (52%, +1).

¹² QC5. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, für wie wirksam Sie sie halten: Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen; Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten; Eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone; Die Benennung eines Finanzministers für die EU; Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU; Eine verantwortungsvollere Steuerung des Euro; Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen; Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d.h. eine Bankenunion)

QC5. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, für wie wirksam Sie sie halten.



Es zeigt sich, dass die EU-Bevölkerung innerhalb der Euro-Zone mittlerweile stärker an die Wirksamkeit dieser acht Maßnahmen glaubt: Der Anteil der „Sehr wirksam“-Antworten ist in jedem Fall höher (3 bis 15 Prozentpunkte) als außerhalb der Euro-Zone.

Die absolute Mehrheit in allen 28 Ländern der EU glaubt, dass **eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten** zur wirksamen Bekämpfung der Krise beitragen würde (EU28, 76%, seit dem Frühjahr 2013 unverändert). Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Befragten auf Zypern (90%, =), Belgien (89%, +1 Prozentpunkt), Spanien (87%, +7), den Niederlanden (85%, +4) und in Luxemburg (85%, =). Dieser Standpunkt verzeichnet in 14 Mitgliedstaaten einen Zuwachs, vor allem in Spanien (87%) und Estland (75%), wo er jeweils einen Zuwachs um sieben Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2013 verzeichnet.

Ebenso viele Befragte (EU28, 76%, +1 Prozentpunkt) denken, dass **eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen Ländern der Euro-Zone** zur Bekämpfung der Krise beitragen könnte. Diese Meinung teilt in allen Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit. Besonders gefestigt ist dieser Standpunkt auf Zypern (90%, +1), Belgien (87%, +1) und Luxemburg (85%, -2). In 14 Ländern verzeichnet diese Meinung einen Zuwachs, vor allem auf Malta (81%, +6) und Estland (75%, +6).

Die am dritthäufigsten genannte Maßnahme auf EU-Ebene (EU28, 75%, +1 Prozentpunkt), **eine verantwortungsvollere Steuerung des Euro**, wird ebenfalls in allen 28 Mitgliedstaaten von einer absoluten Mehrheit angeführt. Besonders markant ist diese Tendenz in der Slowakei (90%, +1) und in Spanien (90%, +4), aber auch in Belgien (86%, +2) und Slowenien (85%, -2). In 16 Mitgliedstaaten hat diese Maßnahme an Stimmen zugelegt, in neun weiteren wiederum ist der Anteil rückläufig, insbesondere in Griechenland (58%, -10).

Auch die Bedeutung einer **wichtigeren Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen** (EU28, 70%, -1 Prozentpunkt) findet die Zustimmung einer absoluten Mehrheit der Befragten in den 28 Mitgliedstaaten. Vor allem ist dies in Belgien (83%, +1), in Spanien (81%, +3) sowie in Bulgarien (78%, +4) der Fall. Diese Maßnahme hat in 14 Ländern an Fürsprechern gewonnen.






























Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (EU28 70%, -1 Prozentpunkt) ist eine Maßnahme, die die Zustimmung der absoluten Mehrheit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union findet, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs (47%, -2). Diejenigen, die diesbezüglich in größter Zahl zustimmen, sind die Befragten in den Niederlanden (84%, +2), in Deutschland (83%, unverändert), in Belgien (82%, -2) sowie in Spanien (79%, +1). In neun Ländern verzeichnet diese Meinung einen Zuwachs (wobei dieser in Rumänien am stärksten ist, 72%, +8) und in 16 weiteren einen Rückgang (darunter Griechenland, 58%, -8).

Der Vorschlag, **Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen**, einzuführen (EU28 63%, +1 Prozentpunkt), wird ebenfalls von einer absoluten Mehrheit in allen Ländern der Europäischen Union unterstützt. Am größten ist der Anteil jener, die diese Maßnahme für wirksam halten, auf Malta (78%, +5), der Slowakei (75%, -2), Slowenien (74%, +10), aber auch in Kroatien (73%, unverändert) und Spanien (73%, +4). In 14 Mitgliedstaaten hat diese Meinung an Befürwortern zugelegt, insbesondere in Slowenien.

Die auf EU-Ebene am siebthäufigsten genannte Antwort (EU28 58%, unverändert), **Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU**, wird in allen Mitgliedstaaten von einer absoluten Mehrheit angeführt, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs (41%, +1 Prozentpunkt) und Frankreichs (49%, -5). Die Länder, in denen diese Maßnahme anteilig am meisten Befürworter findet, sind Belgien (72%, =), die Slowakei (68%, -2) und Italien (66%, -1). In 14 Ländern hingegen verzeichnet sie jedoch einen Rückgang und bleibt in sechs weiteren unverändert.

Die Ernennung eines Finanzministers für die EU ist die Maßnahme, die die europäischen Bürger am meisten teilt: 52% der Befragten halten diese für wirksam (+1 Prozentpunkt), gegenüber 34%, die gegenteiliger Meinung sind (unverändert). Sie wird in folgenden Ländern am ehesten als eine wirksame Maßnahme betrachtet: Belgien (62%, =), Kroatien (62%, +2), Luxemburg (61%, -4), Niederlande (60%, +2), Italien (60%, +1) und Irland (60%, +4). Jene Länder hingegen, in denen am wenigsten Befragte sie als effizient betrachten, sind Dänemark (36%, -4), die Tschechische Republik (41%, +2) und Griechenland (42%, -6). Die Meinung, dass diese Maßnahme wirksam ist, verzeichnet in 12 Ländern einen Zuwachs, insbesondere in Schweden (43%, +10).

QC5. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, für wie wirksam Sie sie halten.
Antwort: Gesamt 'Wirksam'

		Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Ländern der Eurozone	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Eine verantwortungsvollere Steuerung des Euro	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d.h. eine Bankenunion)	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Die Benennung eines Finanzministers für die EU	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
	EU28	76%	=	76%	+1	75%	+1	70%	-1	70%	-1	63%	+1	58%	=	52%	+1
	EURO-ZONE	80%	=	79%	=	79%	=	75%	+1	76%	-1	64%	=	59%	-1	54%	=
	NICHT EURO-ZONE	69%	+1	68%	+1	68%	+1	64%	+1	61%	+1	61%	+2	54%	+1	48%	+2
	BE	89%	+1	87%	+1	86%	+2	83%	+1	82%	-2	66%	=	72%	=	62%	=
	BG	78%	-2	76%	-3	77%	-2	78%	+4	74%	+1	70%	+1	61%	-1	57%	+4
	CZ	73%	+2	74%	+4	67%	-1	71%	+1	73%	-1	71%	+2	61%	+1	41%	+2
	DK	77%	+1	72%	=	69%	-3	53%	-6	77%	-1	54%	-4	51%	-2	36%	-4
	DE	84%	=	84%	=	80%	+2	76%	+1	83%	=	54%	-5	59%	=	51%	-1
	EE	75%	+7	75%	+6	78%	+5	65%	+7	66%	+3	59%	-3	51%	=	48%	+5
	IE	76%	=	76%	-1	76%	+2	76%	+1	75%	-3	70%	+7	62%	-2	60%	+4
	EL	77%	-2	72%	-5	58%	-10	65%	-5	58%	-8	54%	-5	51%	-8	42%	-6
	ES	87%	+7	84%	+3	90%	+4	81%	+3	79%	+1	73%	+4	62%	+5	48%	-1
	FR	77%	-3	78%	+1	73%	+1	76%	=	72%	-1	63%	=	49%	-5	53%	-1
	HR	76%	=	76%	=	77%	=	72%	-1	71%	-1	73%	=	65%	=	62%	+2
	IT	71%	-5	72%	-2	75%	-5	70%	-1	69%	-4	70%	=	66%	-1	60%	+1
	CY	90%	=	90%	+1	72%	+1	77%	=	76%	-5	71%	-5	58%	-3	54%	-4
	LV	69%	+1	68%	-3	70%	+2	61%	-1	69%	-3	63%	+2	51%	-3	44%	=
	LT	65%	-4	62%	-4	61%	-5	64%	+1	64%	+2	67%	-3	51%	-6	48%	-1
	LU	85%	=	85%	-2	82%	+3	76%	+1	72%	-6	59%	+2	59%	-6	61%	-4
	HU	68%	+2	67%	+3	67%	+4	68%	+4	63%	+3	62%	+4	62%	+5	56%	+4
	MT	82%	+5	81%	+6	82%	+5	69%	-3	69%	-1	78%	+5	60%	+1	50%	-9
	AT	74%	+1	73%	+3	82%	=	66%	-3	76%	=	65%	-5	58%	+4	48%	-1
	NL	85%	+4	83%	+3	74%	-3	67%	=	84%	+2	56%	-1	56%	=	60%	+2
	PL	75%	-1	73%	-1	76%	+3	69%	+1	65%	=	69%	-2	64%	-2	52%	-4
	PT	79%	-2	79%	-1	82%	-2	77%	-2	78%	-2	71%	+4	60%	-2	53%	-2
	RO	81%	+2	77%	+2	80%	+3	77%	+1	72%	+8	68%	+7	60%	+6	58%	+5
	SI	78%	-2	80%	-3	85%	-2	72%	-5	75%	-4	74%	+10	64%	+2	50%	-3
	SK	81%	-3	79%	-4	90%	+1	77%	-1	78%	-3	75%	-2	68%	-2	52%	=
	FI	71%	+5	74%	+4	79%	+6	67%	+4	75%	+3	67%	+2	56%	-1	51%	+6
	SE	69%	+3	73%	+5	74%	+5	59%	+1	71%	+3	57%	+1	58%	=	43%	+10
	UK	59%	+1	58%	+1	57%	=	53%	=	47%	-2	51%	+4	41%	+1	43%	+2

Bei der Analyse der Ergebnisse zeigt sich entsprechend den diversen soziodemografischen Variablen eine relativ große Ähnlichkeit bei den Antworten. Einige Kriterien jedoch scheinen einen deutlichen Einfluss zu haben.





So lässt sich beobachten, dass die Befragten, die meinen, ihre Stimme zähle in der EU, und jene die meinen, die EU sei in der Lage, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, die verschiedenen getesteten Maßnahmen in höherer Zahl als wirksam bezeichnen. Ebenso ist dies bei jenen der Fall, die die Globalisierung als eine Chance betrachten, bei jenen, die glauben, in Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt sei das Schlimmste bereits überstanden, sowie bei jenen, die glauben, ihr Land benötige Reformen: In allen Kategorien werden die vorgeschlagenen Maßnahmen von einem höheren Anteil als wirksam bezeichnet als im EU-Durchschnitt.

Dies zeigt sich beispielsweise in Bezug auf **„eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten“** (EU28, 76%): Diese Maßnahme wäre nach Meinung von 86% der Befragten, die glauben, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt (gegenüber 73% jener, die das Gegenteil meinen) und nach Meinung von 85% jener, die glauben, dass die EU ihre wirtschaftlichen Interessen in der Weltwirtschaft verteidigen kann (gegenüber 68% derjenigen, die das Gegenteil denken) wirksam. Zudem halten 85% der Befragten, für die die Globalisierung eine Chance darstellt, diese Maßnahme für wirksam zur Bewältigung der Krise (gegenüber 70% jener, die der Meinung sind, dass die Globalisierung keine Chance darstellt), sowie 83% der EU-Bürger, die meinen, die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung seien bereits überstanden (gegenüber 71%, die der Ansicht sind, dass diese noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat). Und schließlich wird dieser Standpunkt von jenen tendenziell stärker vertreten, die glauben, ihr Land benötige Reformen (79% gegenüber 61% derjenigen, die diese Reformen nicht für notwendig halten).

Dieselben Tendenzen zeigen sich hinsichtlich der „Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU“ (EU28, 58%): So geben jene Befragten, die der Ansicht sind, ihre Meinung zähle in der Europäischen Union (69% gegenüber 54% derjenigen, die dies nicht glauben), jene, die die EU für in der Lage halten, ihre wirtschaftlichen Interessen in der Weltwirtschaft zu verteidigen (67% gegenüber 46% jener, die gegenteiliger Meinung sind), oder die meinen, dass die Globalisierung eine Chance darstellt (67% gegenüber 51% derjenigen, die dem nicht zustimmen) vermehrt an, dass es sich um eine wirksame Maßnahme zur Bewältigung der Krise handelt. Dies ist auch bei 66% der EU-Bürger der Fall, die denken, die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung seien bereits überstanden (gegenüber 53% derjenigen, die glauben, der Höhepunkt der Krise sei noch nicht erreicht), sowie bei 60% jener, die der Ansicht sind, dass ihr Land Reformen benötigt (gegenüber 43% derjenigen, die dem nicht zustimmen).

Trotz dieser Nuancen sind die Befragten in praktisch allen Kategorien der Meinung, dass die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen effizient sind.

QC5. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, für wie wirksam Sie sie halten.

	Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU-Mitgliedstaaten			Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU		
	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Weiß nicht	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Weiß nicht
EU28	76%	15%	9%	58%	29%	13%
 Geschlecht						
Männlich	78%	16%	6%	59%	31%	10%
Weiblich	74%	15%	11%	56%	28%	16%
 Alter						
15-24	77%	12%	11%	60%	24%	16%
25-39	77%	16%	7%	60%	29%	11%
40-54	77%	16%	7%	59%	30%	11%
55 +	74%	16%	10%	52%	32%	16%
 Ausbildung (Ende der)						
15-	71%	16%	13%	53%	26%	21%
16-19	75%	16%	9%	58%	28%	14%
20+	81%	14%	5%	59%	34%	7%
Studiert noch	80%	11%	9%	62%	24%	14%
 Sozio-professionnelle Kategorie						
Selbstständige	77%	17%	6%	58%	32%	10%
Leitende Angestellte	82%	13%	5%	59%	34%	7%
Andere Angestellte	78%	16%	6%	63%	27%	10%
Arbeiter	76%	16%	8%	59%	28%	13%
Hausfrauen / -männer	73%	15%	12%	55%	27%	18%
Arbeitslose	74%	16%	10%	56%	28%	16%
Rentner / Pensionäre	73%	16%	11%	53%	31%	16%
Schüler / Studenten	80%	11%	9%	62%	24%	14%
Meine Stimme zählt in der EU						
Stimme zu	86%	10%	4%	69%	23%	8%
Stimme nicht zu	73%	18%	9%	54%	33%	13%
Die Globalisierung ist eine Chance						
Stimme zu	85%	11%	4%	67%	25%	8%
Stimme nicht zu	70%	24%	6%	51%	39%	10%
Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt						
Haben ihren Höhepunkt schon erreicht	83%	12%	5%	66%	26%	8%
Das Schlimmste steht noch bevor	71%	19%	10%	53%	33%	14%
(UNSER LAND) braucht Reformen						
Stimme zu	79%	13%	8%	60%	28%	12%
Stimme nicht zu	61%	32%	7%	43%	48%	9%
Die EU kann ihre Wirtschaftsinteressen verteidigen						
Stimme eher zu	85%	11%	4%	67%	25%	8%
Stimme eher nicht zu	68%	27%	5%	46%	45%	9%

V. REFORM DES WIRTSCHAFTS-UND FINANZSYSTEMS?

1. REFORMEN, DIE ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE UND ZUR VERRINGERUNG DER STAATSSCHULDEN ERFORDERLICH SIND

Reformen durchführen, um die Zukunft zu meistern

Rund neun von zehn Befragten (**88%**, -1 Prozentpunkt seit dem Frühjahr 2013) sind der Meinung, dass ihr Land Reformen benötigt¹³.

Am häufigsten geben die Befragten – nahezu alle Befragten – auf Zypern (99%) und in Finnland (98%) diese Antwort. Auch in Bulgarien und Spanien teilt die überwältigende Mehrheit diese Meinung (jeweils 93%).

Öffentliches Defizit und Verschuldung

Bezüglich des öffentlichen Defizits und der Schulden wurde die Frage durch Aufteilung der Stichprobe gestellt, und zwar in zwei Formulierungen¹⁴:

- **Eine positive (SPLIT A** – „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) **dulden keinen Aufschub.**“
- **Die andere negativ (SPLIT B** – „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) **haben derzeit keinen Vorrang.**“

Positive Formulierung:

Seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2013 (EB79) haben sich die Ergebnisse leicht geändert. So denken **77%** (-2 Prozentpunkte) der Befragten, dass **Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) keinen Aufschub dulden**, gegenüber 16% (+2), die gegenteiliger Meinung sind.

Zwischen den Ländern der Euro-Zone und jenen außerhalb dieser gibt es in Bezug auf diese Frage kaum Unterschiede: So stimmen in beiden Fällen 78% der Befragten dem jeweils getesteten Vorschlag.

¹³ QC4.1. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

¹⁴ QC4.3. und QC4.4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub (WENN 'SPLIT A'); Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang (WENN 'SPLIT B').

Die Meinung, dass die Maßnahmen zur Verringerung des Defizits und der Verschuldung keinen Aufschub dulden, wird besonders von den Befragten in der Tschechischen Republik vertreten (87% +4 Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2013), aber auch in der Slowakei (87%, unverändert), auf Zypern (87%, -2), Slowenien (86%, -2), Schweden (85%, +3) und Deutschland (85%, -1). Einen starken Rückgang verzeichnet sie in Griechenland (59%, -15), obwohl sie dort zwischen Herbst 2012 und Frühjahr 2013 um acht Prozentpunkte zugelegt hatte. Umgekehrt ist das Gefühl, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung keinen Aufschub dulden, in Portugal (80%, +8), Bulgarien (69%, +7) und den Niederlanden (62%, +7) deutlich stärker geworden.

Negative Formulierung:

Wird die Frage anders formuliert („Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang“, sind die Ergebnisse klar geteilt: 42% (unverändert) der Befragten antworten positiv. 50% (-1 Prozentpunkt) glauben hingegen, dass diese Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits derzeit eine Priorität darstellen.






























Die Länder, in denen die Bevölkerung die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Staatsverschuldung nicht als vorrangig betrachtet, (Antworten „Stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“) sind vor allem Finnland (63%, +2 Prozentpunkte), Litauen (62%, -5) und Estland (61%, -2). Umgekehrt werden die geringsten Anteile derjenigen, die dieser Meinung sind, auf Zypern (15%, unverändert) sowie auf Malta (21% das Land, das ebenfalls den stärksten Rückgang verzeichnet: -11) gemessen.

Betrachtet man die soziodemografischen Variablen, zeigen sich kaum Unterschiede. Allerdings sind bei der Antwort „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub“ (SPLIT A) gewisse Unterschiede, bedingt durch einige analysierte Variablen, zu beobachten.

Den größten Anteil derjenigen, die diesem Vorschlag zustimmen, stellen jene, die der Meinung sind, dass ihr Land Reformen benötigt (81% gegenüber 57% derjenigen, die gegenteiliger Meinung sind), und diejenigen, für die die Globalisierung eine Chance darstellt (85% gegenüber 73% derjenigen, die dies nicht so sehen). Auch bei jenen, die glauben, dass die EU in der Lage ist, ihre wirtschaftlichen Interessen in der Weltwirtschaft zu verteidigen, ist der Anteil mit 83% besonders hoch (gegenüber 72% derjenigen, die gegenteiliger Meinung sind).

QC4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Antwort: Gesamt 'Stimme zu'

		(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	(SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	(SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
	EU28	88%	-1	77%	-2	42%	=
	CY	99%	+2	87%	-2	15%	=
	FI	98%	+3	84%	-2	63%	+2
	BG	93%	-3	69%	+7	44%	+2
	ES	93%	+1	71%	-1	40%	-2
	EL	92%	-2	59%	-15	49%	+6
	HR	92%	-1	84%	-4	38%	-5
	IE	91%	-2	81%	=	50%	-1
	LT	91%	-1	82%	=	62%	-5
	SE	91%	-1	85%	+3	50%	-3
	FR	90%	=	77%	-4	33%	+3
	PT	90%	+1	80%	+8	37%	-5
	RO	90%	-1	62%	-7	51%	-1
	HU	89%	=	83%	+1	59%	=
	PL	89%	-2	78%	-2	50%	+1
	SI	89%	-2	86%	-2	53%	+2
	UK	89%	+3	81%	+2	34%	+2
	IT	88%	-1	80%	-3	43%	-6
	NL	87%	=	62%	+7	39%	-6
	DE	86%	-1	85%	-1	42%	+3
	EE	86%	=	72%	+1	61%	-2
	MT	86%	-2	84%	-4	21%	-11
	BE	85%	-3	83%	+1	47%	=
	CZ	84%	+3	87%	+4	44%	+1
	SK	84%	-1	87%	=	38%	-5
	AT	83%	+4	77%	+3	40%	=
	LV	82%	-3	79%	+1	50%	+6
	LU	82%	+3	78%	-2	38%	+3
	DK	56%	-2	74%	=	45%	+1

2. MIT HILFE WELCHER MAßNAHMEN SOLL DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?

Anschließend wurden die Befragten gebeten, sich zu sechs Maßnahmen zu äußern, die von der Europäischen Union ergriffen werden könnten, um die weltweiten Finanzmärkte zu reformieren¹⁵.

Wie es sich bereits bei der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011 (EB76) gezeigt hat, **steht die überwältigende Mehrheit der Befragten fünf von sechs getesteten Maßnahmen positiv gegenüber**. Die EU-Bürger sind zwar in Bezug auf die Einführung von Eurobonds geteilter Meinung, aber die relative Mehrheit spricht sich dafür aus.

Was die Meinungsentwicklung angeht, so ist der Anteil derjenigen, die sich dafür aussprechen genau gleich groß wie der im Frühjahr 2013 bei fünf der sechs getesteten Maßnahmen verzeichnete Anteil.

Im Detail:

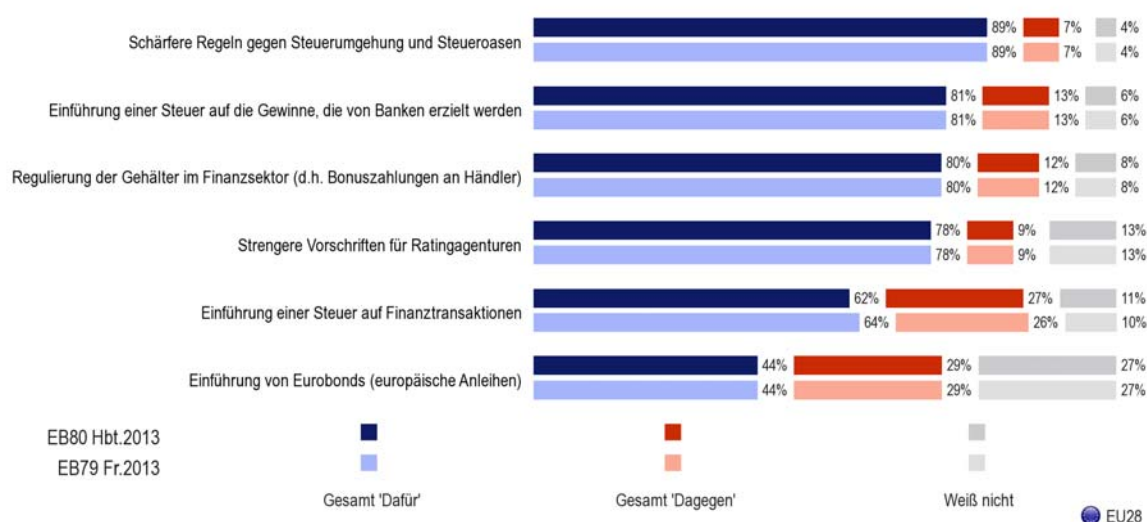
89% (unverändert) der EU-Bürger würden sich wünschen, dass **schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen eingeführt werden** und **81% (=)**, dass **eine Steuer auf die Gewinne eingeführt wird, die von Banken erzielt werden**.

Zudem würden sich **80%** der Befragten (unverändert) eine **Regulierung der Gehälter im Finanzsektor** wünschen, und **78% (=)** **strengere Vorschriften für Rating-Agenturen**.

Mehr als sechs von zehn Personen (**62%**, -2 Prozentpunkte) wären für **die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen** und mehr als vier von zehn Befragten (**44%**, unverändert) würden die **Einführung von Eurobonds gutheißen**.

¹⁵ QC6. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift: Schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen; Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden; Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen; Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen); Strengere Vorschriften für Ratingagenturen; Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler).

QC6. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.



Erwähnenswert ist, dass sich in der Euro-Zone ein größerer Anteil der Befragten für fünf der sechs getesteten Maßnahmen ausspricht als außerhalb dieser (mit Unterschieden von 3 bis 16 Prozentpunkte je nach Maßnahme).

Vor allem ist dies hinsichtlich der Schaffung einer Steuer auf Finanztransaktionen zu beobachten (die von 68% der Bevölkerung in der Euro-Zone befürwortet wird, während es außerhalb dieser 52% sind). Dies ist ebenso hinsichtlich der Regulierung der Gehälter im Finanzsektor der Fall (83% bzw. 75%). Ähnlich, aber in geringerem Maß, sieht es auch in Bezug auf die Schaffung einer Steuer auf die von den Banken erzielten Gewinne aus (83% und 77%), in Bezug auf strengere Vorschriften für Ratingagenturen (80% gegenüber 75%) sowie hinsichtlich schärferer Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen (90% gegenüber 87%). Die Einführung von Eurobonds wiederum wird in der Euro-Zone ebenso häufig erwähnt wie außerhalb dieser (44%).

Die Einführung strengerer Vorschriften gegen Steuerumgehung und Steueroasen (EU28, 89%, unverändert), jene Maßnahme, die bei den EU-Bürgern am meisten Anklang findet, wird vor allem in Dänemark (95%, +1 Prozentpunkt), in Spanien (95%, +1), auf Zypern (95%, -2), den Niederlanden (95%, +1), der Slowakei (95%, +1) sowie in Schweden (95%, +1) unterstützt. In 12 Ländern ist der Anteil der Befürworter noch gestiegen. Umgekehrt verzeichnet die Antwort „dafür“ in 10 Mitgliedstaaten einen Rückgang. Insgesamt hat sich in Bezug auf diese Maßnahme nur wenig verändert.

Griechenland und Zypern sind jene beiden Mitgliedstaaten, in denen man sich am stärksten für **eine Steuer auf die Gewinne, die von den Banken erzielt werden**, ausspricht (EU28, 81%, unverändert), wobei der Anteil der positiven Meinungen 93% (=) bzw. 92% beträgt (-1 Prozentpunkt). Diese Maßnahme verzeichnet in 17 Mitgliedstaaten einen Rückgang und in acht weiteren einen Zuwachs, vor allem in Bulgarien (85%, +6 Prozentpunkte).

Die am drittstärksten befürwortete Maßnahme, nämlich die **Regulierung der Gehälter im Finanzsektor** (EU28, 80%, unverändert), eint vor allem die Befragten in Spanien (91%, +2 Prozentpunkte), Slowenien (90%, -3), der Slowakei (87%, -1) sowie in Österreich (87%, =). Der Anteil der „dafür“-Antworten ist in 14 Ländern zurückgegangen und hat in neun weiteren zugenommen, insbesondere auf Malta (66%), wo dieser um 10 Prozentpunkte zugelegt hat.

Die Länder, in denen sich die Befragten im höchsten Maß für **strengere Vorschriften für Ratingagenturen** aussprechen (EU28, 78%, unverändert), sind Schweden (89%, -2 Prozentpunkte), Österreich (88%, =), Belgien (87%, +4) und die Niederlande (87%, +1). Die Befürworter dieser Maßnahme haben in 14 Ländern zugenommen. Umgekehrt verliert diese in acht Mitgliedstaaten an Beliebtheit – am stärksten in Luxemburg (73%, -11).

In Österreich (84%, -2 Prozentpunkte) und Deutschland (80%, -2) spricht man sich am stärksten für **eine Steuer auf Finanztransaktionen** aus (EU28, 62%, -2). In 12 Mitgliedstaaten ist der Anteil der Befürworter im Herbst 2013 höher als im Frühjahr 2013, wobei der größte Zuwachs in Bulgarien verzeichnet wird (60%, +6). Obwohl diese Meinung in Griechenland die meisten Stimmen eingebüßt hat (62%, -9), zeigt sich auch in der Hälfte der übrigen Mitgliedstaaten ein Rückgang der Unterstützer dieser Maßnahme (14).

Was die **Einführung von Eurobonds** angeht (EU28, 44%, unverändert), so wird diese Maßnahme in Belgien von mehr als sechs von zehn Personen angeführt (65%, -6 Prozentpunkte); gleiches gilt für Kroatien (63%, =). Einen Rückgang verzeichnet sie in 15 Ländern, und in neun weiteren einen Zuwachs. Die größten Schwankungen verzeichnen Malta (53%, +11) und Luxemburg (45%, -10).






























Bei der soziodemografischen Analyse kristallisieren sich einige nicht unbedeutende Unterschiede entsprechend den Kategorien von Europäern. Ebenso zeigt sich, dass die **Befragten mit dem höchsten Bildungsabschluss** all diesen vorgeschlagenen Maßnahmen positiver gegenüberstehen. Besonders ist dies in Bezug auf die Einführung von Eurobonds der Fall (die von 50% derjenigen mit dem höchsten Bildungsabschluss befürwortet wird, gegenüber 37% von denjenigen mit dem geringsten Bildungsgrad) sowie in Bezug auf strengere Vorschriften für Ratingagenturen (83% bzw. 74%). Zudem zeigt sich, dass die Befragten, die den **sozial am besten gestellten** Befragtenkategorien angehören, stärker hinter den sechs Vorschlägen für die Reform der Finanzmärkte stehen.

Des Weiteren lässt sich beobachten, dass mit zunehmend positiver Einstellung in Bezug auf die Europäische Union auch das Maß an Befürwortung der verschiedenen getesteten Maßnahmen steigt: Vor allem ist dies bei Befragten der Fall, die der Ansicht sind, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, sowie bei jenen, die glauben, dass die EU über genügend Macht und Mittel verfügt, um ihre wirtschaftlichen Interessen in der Weltwirtschaft zu verteidigen.





Ebenso ist dies bei den Personen der Fall, die eher optimistisch sind, die glauben, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, die die Globalisierung als eine Chance betrachten, sowie bei jenen, die der Meinung sind, ihr Land benötige Reformen.

QC6. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

Antwort: Gesamt 'Dafür'

		Schärfere Regeln gegen Steuer- umgehung und Steuerparadiesen	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler)	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Strengere Vorschriften für Rating- agenturen	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Einführung einer Steuer auf Finanz- transaktionen	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
	EU28	89%	=	81%	=	80%	=	78%	=	62%	-2	44%	=
	EURO-ZONE	90%	=	83%	=	83%	=	80%	=	68%	-3	44%	=
	NICHT EURO-ZONE	87%	+1	77%	-1	75%	+1	75%	+2	52%	+1	44%	+1
	BE	92%	+1	82%	-3	86%	=	87%	+4	59%	-7	65%	-6
	BG	88%	+2	85%	+6	82%	+5	73%	+3	60%	+6	53%	+9
	CZ	94%	+1	85%	-4	80%	-1	80%	+1	64%	+1	52%	+3
	DK	95%	+1	72%	-3	66%	=	78%	+1	60%	-2	48%	-2
	DE	94%	=	88%	+2	84%	=	82%	=	80%	-2	25%	-1
	EE	83%	+5	75%	+1	69%	+1	77%	+4	45%	=	30%	-7
	IE	87%	=	81%	-3	84%	-1	82%	+1	42%	-6	55%	-1
	EL	94%	=	93%	=	79%	-5	84%	-5	62%	-9	58%	-4
	ES	95%	+1	82%	-3	91%	+2	85%	+4	66%	-4	49%	+8
	FR	88%	-2	82%	-1	83%	-1	75%	=	68%	-4	48%	=
	HR	90%	=	88%	-2	85%	+1	83%	-2	69%	-1	63%	=
	IT	81%	-1	75%	-4	73%	-1	74%	-3	67%	-3	54%	-1
	CY	95%	-2	92%	-1	78%	-4	83%	=	57%	-4	34%	-4
	LV	74%	-4	66%	-4	71%	-3	74%	-2	48%	-4	33%	-3
	LT	84%	+1	82%	-1	74%	-1	78%	+1	64%	=	44%	+5
	LU	79%	-3	73%	=	76%	-6	73%	-11	52%	+3	45%	-10
	HU	89%	-1	79%	-5	82%	=	84%	+1	40%	-3	59%	+4
	MT	90%	+4	56%	+1	66%	+10	70%	+4	41%	+5	53%	+11
	AT	92%	-2	83%	+1	87%	=	88%	=	84%	-2	46%	+7
	NL	95%	+1	76%	-1	83%	+2	87%	+1	36%	+1	37%	=
	PL	77%	-1	75%	-1	72%	-4	65%	=	53%	-2	49%	-2
	PT	87%	-2	87%	=	85%	-2	77%	-4	72%	+2	55%	-2
	RO	92%	+3	82%	+4	74%	+7	65%	+6	65%	+4	54%	+8
	SI	92%	-2	86%	+3	90%	-3	86%	=	57%	+2	46%	-1
	SK	95%	+1	83%	-3	87%	-1	85%	+1	69%	+1	53%	=
	FI	93%	=	79%	+2	85%	+4	79%	-4	59%	+4	36%	-2
	SE	95%	+1	79%	-1	74%	-1	89%	-2	54%	+2	40%	+1
	UK	87%	=	75%	-2	77%	+5	79%	+2	43%	+2	32%	-3












QC6. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

	Schärfere Regeln gegen Steuer- umgehung und Steueroasen		Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden		Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler)		Strengere Vorschriften für Rating- agenturen		Einführung einer Steuer auf Finanz- transaktionen		Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)	
	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'
EU28	89%	7%	81%	13%	80%	12%	78%	9%	62%	27%	44%	29%
 Geschlecht												
Männlich	89%	8%	82%	14%	81%	13%	80%	10%	64%	28%	48%	31%
Weiblich	88%	7%	79%	13%	80%	11%	77%	8%	60%	26%	41%	28%
 Alter												
15-24	84%	10%	77%	16%	77%	14%	73%	11%	56%	31%	43%	26%
25-39	89%	7%	81%	14%	81%	12%	78%	11%	62%	29%	47%	29%
40-54	91%	7%	82%	13%	81%	13%	82%	8%	64%	27%	47%	30%
55 +	89%	6%	81%	12%	80%	11%	77%	8%	64%	23%	41%	30%
 Ausbildung (Ende der)												
15-	88%	7%	78%	13%	79%	10%	74%	8%	63%	22%	37%	28%
16-19	90%	6%	82%	12%	82%	11%	79%	9%	63%	26%	44%	30%
20+	92%	6%	82%	14%	83%	13%	83%	9%	64%	29%	50%	30%
Studiert noch	84%	11%	75%	17%	77%	14%	73%	11%	55%	33%	45%	27%
 Sozio-professionnelle Kategorie												
Selbstständige	90%	8%	83%	13%	81%	14%	83%	9%	63%	30%	49%	30%
Leitende Angestellte	94%	4%	83%	13%	83%	14%	84%	10%	65%	27%	48%	31%
Andere Angestellte	90%	7%	83%	13%	82%	12%	80%	10%	62%	30%	50%	28%
Arbeiter	89%	8%	80%	14%	80%	12%	78%	10%	64%	27%	44%	31%
Hausfrauen / -männer	86%	8%	77%	14%	75%	14%	73%	11%	60%	24%	39%	27%
Arbeitslose	88%	8%	81%	12%	82%	11%	78%	8%	60%	27%	45%	25%
Rentner / Pensionäre	90%	5%	81%	12%	81%	10%	77%	7%	64%	23%	39%	32%
Schüler / Studenten	84%	11%	75%	17%	77%	14%	73%	11%	55%	33%	45%	27%
Meine Stimme zählt in der EU												
Stimme zu	92%	6%	83%	13%	83%	13%	84%	9%	68%	25%	54%	27%
Stimme nicht zu	89%	7%	81%	13%	81%	12%	78%	9%	61%	28%	42%	31%
Die Globalisierung ist eine Chance												
Stimme zu	92%	6%	83%	14%	83%	13%	84%	8%	66%	28%	51%	30%
Stimme nicht zu	87%	10%	81%	14%	80%	14%	77%	13%	64%	28%	42%	35%
Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt												
Haben ihren Höhepunkt schon erreicht	93%	5%	83%	13%	83%	12%	84%	8%	64%	28%	52%	27%
Das Schlimmste steht noch bevor	88%	8%	80%	14%	80%	12%	76%	11%	61%	28%	41%	32%
(UNSER LAND) braucht Reformen												
Stimme zu	91%	6%	83%	12%	83%	11%	80%	9%	64%	26%	46%	28%
Stimme nicht zu	76%	21%	67%	29%	67%	27%	66%	22%	53%	41%	34%	46%
Die EU kann ihre Wirtschaftsinteressen verteidigen												
Stimme eher zu	92%	6%	84%	12%	84%	11%	83%	8%	67%	26%	52%	27%
Stimme eher nicht zu	87%	11%	78%	18%	78%	17%	77%	14%	59%	34%	38%	41%

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Ergebnisse in der EU28 nach soziodemografischen Kriterien, in den sechs größten Ländern der EU sowie in vier Ländern, die besonders von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

QC6.4 Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)
Antwort: Gesamt 'Dafür'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	44%	25%	49%	48%	54%	49%	32%	58%	55%	55%	34%
Geschlecht											
Männlich	48%	29%	55%	56%	55%	51%	38%	60%	56%	60%	42%
Weiblich	41%	22%	43%	41%	53%	46%	27%	56%	53%	51%	27%
Alter											
15-24	43%	23%	50%	33%	53%	53%	31%	61%	56%	44%	43%
25-39	47%	25%	53%	48%	57%	51%	34%	56%	60%	58%	31%
40-54	47%	29%	52%	57%	56%	51%	37%	59%	61%	62%	34%
55 +	41%	24%	42%	48%	50%	43%	27%	57%	45%	52%	30%
Ausbildung (Ende der)											
15-	37%	21%	44%	41%	44%	34%	22%	50%	48%	44%	21%
16-19	44%	26%	47%	47%	58%	44%	30%	60%	64%	48%	30%
20+	50%	27%	61%	55%	64%	59%	44%	62%	64%	68%	40%
Studiert noch	45%	25%	49%	37%	53%	51%	36%	60%	55%	58%	49%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	49%	35%	52%	47%	56%	52%	39%	62%	66%	69%	30%
Leitende Angestellte	48%	27%	76%	52%	69%	64%	49%	61%	75%	75%	36%
Andere Angestellte	50%	28%	60%	46%	66%	51%	36%	63%	69%	58%	47%
Arbeiter	44%	24%	53%	55%	45%	52%	26%	52%	58%	53%	25%
Hausfrauen / -männer	39%	18%	36%	33%	45%	57%	22%	52%	50%	43%	20%
Arbeitslose	45%	33%	48%	47%	54%	42%	32%	56%	51%	48%	28%
Rentner / Pensionäre	39%	22%	41%	48%	51%	41%	24%	60%	42%	48%	34%
Schüler / Studenten	45%	25%	49%	37%	53%	51%	36%	60%	55%	58%	49%

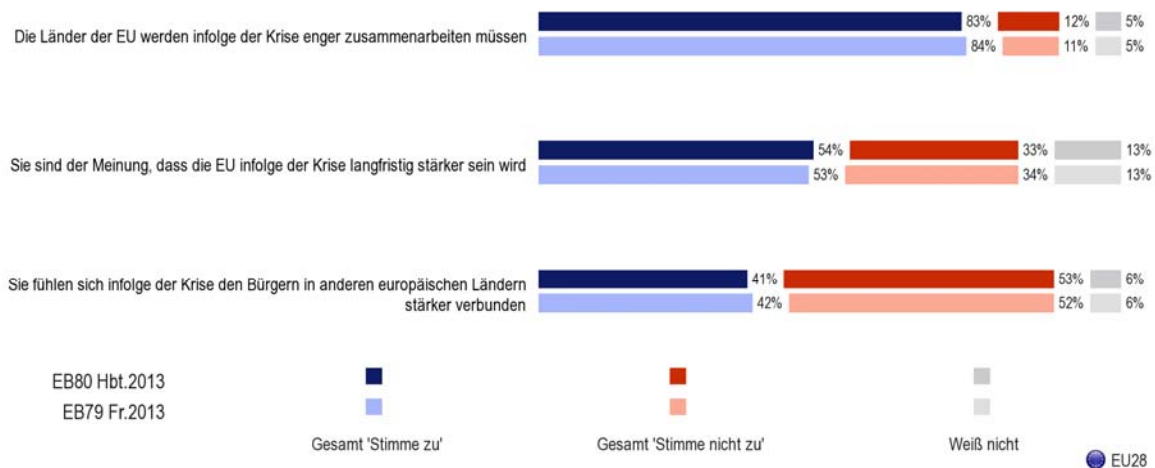
VI. DIE KÜNFTIGEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE EU-BÜRGER

- Die EU wird gestärkt und stärker geeint aus der Krise hervorgehen, selbst wenn sich die EU-Bürger deswegen einander nicht näher fühlen -

Den Befragten wurden mehrere Fragen zu den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise gestellt¹⁶.

Wie bei der letzten Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2013 (EB79) hat sich nur wenig verändert: Bei jeder getesteten Antwort beträgt der Unterschied nicht mehr als einen Prozentpunkt.

QC4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

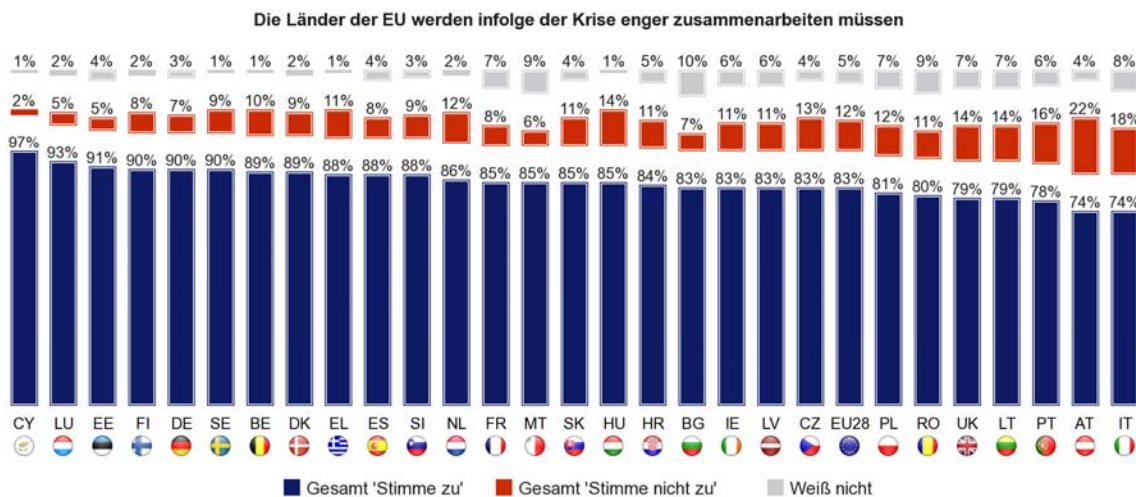


Mehr als acht von zehn Personen (**83%**, -1 Prozentpunkt seit dem Frühjahr 2013) meinen nach wie vor, dass aufgrund der Krise **eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Länder erforderlich ist** (gegenüber 12%, +1, die das Gegenteil meinen).

Sogar mehr als neun von zehn Befragten äußern sich auf Zypern so (97%, +3 Prozentpunkte), in Luxemburg (93%, +1) sowie in Estland (91%, +4). In Österreich (74%, unverändert) und Italien (74%, -5) denken mehr als drei Viertel der Befragten, dass die EU-Länder aufgrund der Krise enger zusammenarbeiten müssen. Den stärksten Zuwachs verzeichnet diese Meinung in Finnland (90%, +6), den stärksten Rückgang hingegen in Slowenien (88%, -6).

¹⁶ QC4.6. bis QC4.8. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Sie sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird; Sie fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden; Die Länder der EU werden infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen

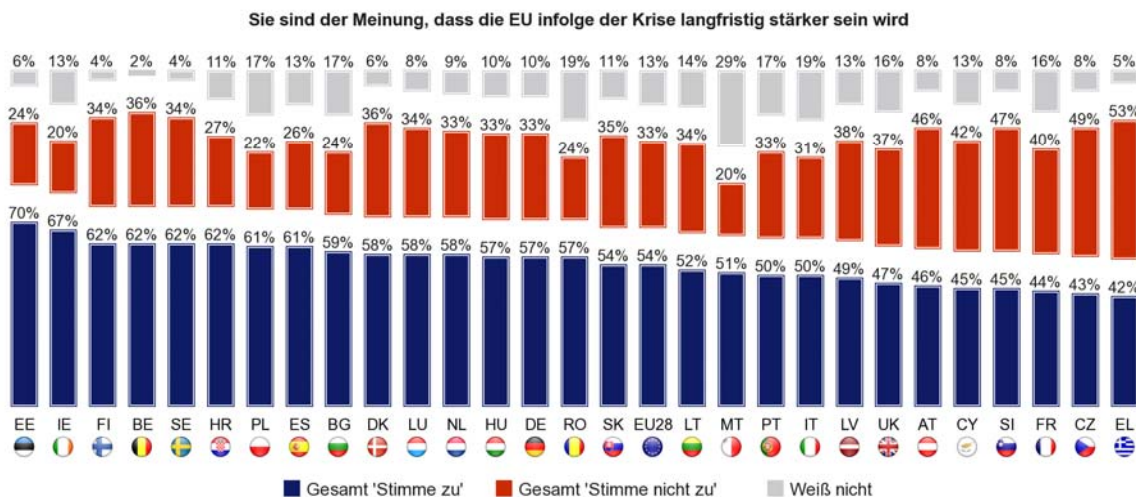
QC4.8. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Die absolute Mehrheit der EU-Bürger (54%, +1 Prozentpunkt) ist auch der Meinung, dass die **EU langfristig gestärkt aus der Krise hervorgehen wird**, während ein Drittel (33%, -1) gegenteiliger Meinung ist.

Diese Meinung teilen 70% der Befragten in Estland (+5 Prozentpunkte), 67% in Irland (+7) sowie 62% in Belgien (+1), Finnland (+2), Schweden (+3) und Kroatien (unverändert). Sie überwiegt zudem in 24 Mitgliedstaaten. Einen Zuwachs verzeichnet sie seit dem Frühjahr 2013 in 15 Ländern, vor allem auf Zypern (45%, +8) und in Irland (67%, +7). Den größten Rückgang verzeichnet Italien (50%, -8).

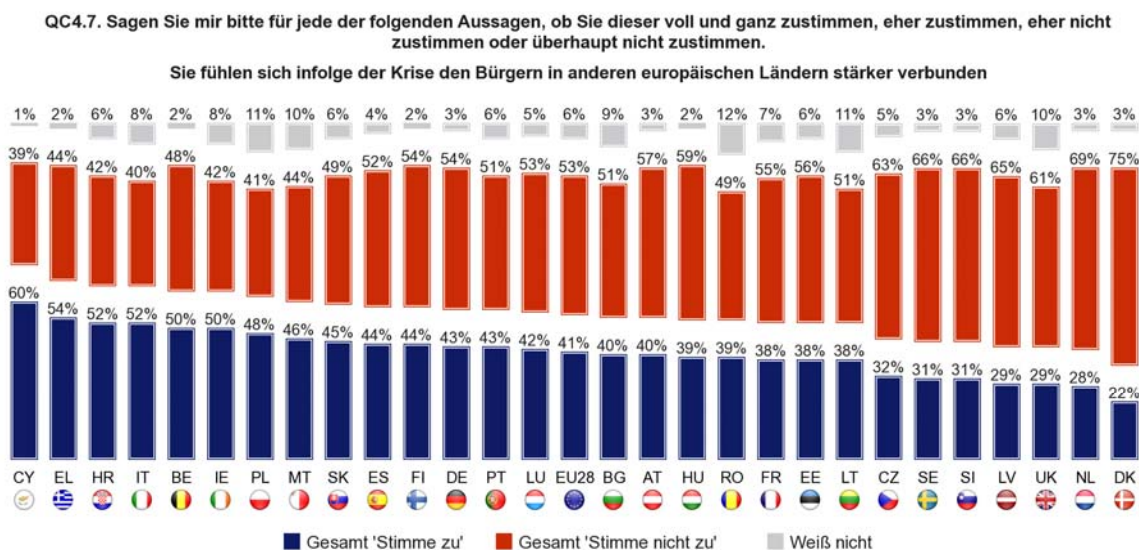
QC4.6. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
































Und schließlich fühlt sich die Mehrheit der EU-Bürger (**53%**, +1 Prozentpunkt) durch die Krise **nicht stärker mit den Bürgern der anderen EU-Länder verbunden** (gegenüber 41%, -1, die gegenteiliger Ansicht sind).

Das Gefühl, den anderen EU-Bürgern nicht näher zu sein, teilt die Mehrheit der Befragten in 20 Mitgliedstaaten, insbesondere in Dänemark (75% „stimme nicht zu“, unverändert), den Niederlanden (69%, +5 Prozentpunkte), Schweden (66%, +2) und Slowenien (66%, +1). Ein Zuwachs zeigt sich in 14 Ländern, wobei dieser in Luxemburg besonders stark ist (53%, +8).

Diejenigen, die sich den Bürgern der anderen Mitgliedstaaten näher fühlen, sind die Befragten auf Zypern (60% „stimme zu“, +2 Prozentpunkte), in Griechenland (54%, -7), Kroatien (52%, hier wurde diese Frage erstmals gestellt) sowie in Italien (52%, -5). Diese Meinung überwiegt auch in Irland (50%, +2, gegenüber 42%, -2), in Polen (48%, -1, gegenüber 41%, -1), auf Malta (46%, +1, gegenüber 44%, +6) sowie in Belgien (50%, -3, gegenüber 48%, +2).



QC4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.





		Die Länder der EU werden infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen				Sie sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird				Sie fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden			
		Gesamt 'Stimme zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Gesamt 'Stimme zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Gesamt 'Stimme zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. Hbt.2013 - Fr.2013
	EU28	83%	-1	12%	+1	54%	+1	33%	-1	41%	-1	53%	+1
	BE	89%	-1	10%	+1	62%	+1	36%	+2	50%	-3	48%	+2
	BG	83%	-3	7%	+1	59%	+6	24%	+2	40%	=	51%	=
	CZ	83%	+1	13%	-1	43%	=	49%	-1	32%	-3	63%	+3
	DK	89%	+1	9%	-1	58%	-2	36%	=	22%	-1	75%	=
	DE	90%	-1	7%	=	57%	+2	33%	-2	43%	+3	54%	-3
	EE	91%	+4	5%	-4	70%	+5	24%	-3	38%	+3	56%	-2
	IE	83%	+4	11%	-3	67%	+7	20%	-5	50%	+2	42%	-2
	EL	88%	+2	11%	-1	42%	-5	53%	+7	54%	-7	44%	+7
	ES	88%	-2	8%	+1	61%	+5	26%	-3	44%	=	52%	+3
	FR	85%	=	8%	=	44%	-3	40%	+1	38%	-5	55%	+6
	HR	84%	NA	11%	NA	62%	=	27%	=	52%	NA	42%	NA
	IT	74%	-5	18%	=	50%	-8	31%	+3	52%	-5	40%	+4
	CY	97%	+3	2%	-3	45%	+8	42%	-7	60%	+2	39%	-1
	LV	83%	-2	11%	+1	49%	-4	38%	+2	29%	-1	65%	+2
	LT	79%	-3	14%	+2	52%	-4	34%	+4	38%	-3	51%	+1
	LU	93%	+1	5%	-1	58%	=	34%	-1	42%	-9	53%	+8
	HU	85%	-3	14%	+5	57%	+4	33%	-3	39%	+2	59%	=
	MT	85%	+3	6%	+1	51%	-5	20%	+3	46%	+1	44%	+6
	AT	74%	=	22%	+1	46%	-2	46%	+3	40%	+3	57%	-3
	NL	86%	+1	12%	-1	58%	+1	33%	-1	28%	-6	69%	+5
	PL	81%	=	12%	+1	61%	-3	22%	-2	48%	-1	41%	-1
	PT	78%	-4	16%	+4	50%	-6	33%	+6	43%	-2	51%	+3
	RO	80%	+3	11%	-1	57%	+3	24%	-2	39%	=	49%	-1
	SI	88%	-6	9%	+4	45%	+2	47%	-2	31%	-2	66%	+1
	SK	85%	-3	11%	+2	54%	+3	35%	-3	45%	+2	49%	-3
	FI	90%	+6	8%	-5	62%	+2	34%	-2	44%	+4	54%	-5
	SE	90%	+2	9%	-1	62%	+3	34%	-2	31%	-2	66%	+2
	UK	79%	+4	14%	-4	47%	+3	37%	-6	29%	-1	61%	=

*NA: Daten nicht verfügbar

Bei der soziodemografischen Analyse zeigt sich, dass bei jenen EU-Bürgern, die angeben, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen enger zusammenarbeiten (EU28, 83%), der Anteil jener, die meinen, ihre Stimme zähle in der EU, höher ist (91% gegenüber 81% derjenigen, die das Gegenteil glauben). Gleiches gilt für jene, die der Meinung sind, die Europäische Union verfüge über genügend Macht und Mittel, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen (90% gegenüber 77% derjenigen, die gegenteiliger Meinung sind).

Auch jene EU-Bürger, die die Globalisierung für eine Chance halten, sind verstärkt dieser Meinung (91% gegenüber 76% derjenigen, die das Gegenteil meinen), sowie jene, die meinen, ihr Land brauche Reformen (86% gegenüber 68%, die angeben, dies sei nicht der Fall).
















QC4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

	Die Länder der EU werden infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen			Sie sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird			Sie fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden		
	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht
EU28	83%	12%	5%	54%	33%	13%	41%	53%	6%
 Geschlecht									
Männlich	84%	12%	4%	57%	33%	10%	42%	53%	5%
Weiblich	82%	12%	6%	51%	33%	16%	41%	51%	8%
 Alter									
15-24	84%	10%	6%	56%	32%	12%	41%	51%	8%
25-39	84%	12%	4%	56%	33%	11%	42%	53%	5%
40-54	84%	12%	4%	55%	33%	12%	42%	52%	6%
55 +	81%	12%	7%	51%	33%	16%	40%	53%	7%
 Ausbildung (Ende der)									
15-	78%	13%	9%	47%	34%	19%	38%	54%	8%
16-19	82%	13%	5%	53%	34%	13%	40%	53%	7%
20+	88%	9%	3%	59%	31%	10%	45%	51%	4%
Studiert noch	86%	9%	5%	58%	30%	12%	44%	49%	7%
 Sozio-professionelle Kategorie									
Selbstständige	83%	13%	4%	54%	32%	14%	43%	51%	6%
Leitende Angestellte	89%	9%	2%	59%	31%	10%	45%	51%	4%
Andere Angestellte	84%	12%	4%	58%	31%	11%	42%	52%	6%
Arbeiter	83%	12%	5%	53%	35%	12%	40%	55%	5%
Hausfrauen / -männer	80%	13%	7%	51%	32%	17%	42%	51%	7%
Arbeitslose	82%	12%	6%	49%	37%	14%	38%	55%	7%
Rentner / Pensionäre	82%	11%	7%	50%	33%	17%	40%	52%	8%
Schüler / Studenten	86%	9%	5%	58%	30%	12%	44%	49%	7%
Meine Stimme zählt in der EU									
Stimme zu	91%	6%	3%	72%	20%	8%	58%	38%	4%
Stimme nicht zu	81%	14%	5%	47%	39%	14%	35%	59%	6%
Die Globalisierung ist eine Chance									
Stimme zu	91%	7%	2%	66%	26%	8%	49%	47%	4%
Stimme nicht zu	76%	19%	5%	41%	48%	11%	36%	60%	4%
Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt									
Haben ihren Höhepunkt schon erreicht	90%	7%	3%	70%	21%	9%	48%	47%	5%
Das Schlimmste steht noch bevor	79%	15%	6%	42%	44%	14%	36%	58%	6%
(UNSER LAND) braucht Reformen									
Stimme zu	86%	10%	4%	56%	32%	12%	43%	52%	5%
Stimme nicht zu	68%	29%	3%	41%	51%	8%	32%	64%	4%
Die EU kann ihre Wirtschaftsinteressen verteidigen									
Stimme eher zu	90%	8%	2%	67%	24%	9%	51%	45%	4%
Stimme eher nicht zu	77%	20%	3%	33%	59%	8%	28%	69%	3%

Die folgenden Tabellen zeigen die durchschnittlichen Ergebnisse in der EU28 nach soziodemografischen Kriterien, in den sechs größten Ländern der EU sowie in vier Ländern, die besonders von der Wirtschaftskrise betroffen sind.












QC4.6. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Sie sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird
Antwort: Gesamt 'Stimme zu'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	54%	57%	64%	44%	50%	61%	47%	42%	50%	67%	45%
 Geschlecht											
Männlich	57%	62%	63%	49%	50%	63%	52%	44%	54%	68%	51%
Weiblich	51%	52%	60%	40%	51%	61%	43%	40%	47%	67%	39%
 Alter											
15-24	56%	52%	62%	45%	51%	69%	56%	47%	58%	61%	53%
25-39	56%	59%	63%	42%	53%	64%	51%	40%	56%	67%	45%
40-54	55%	60%	66%	45%	50%	61%	48%	44%	49%	69%	41%
55 +	51%	55%	55%	46%	48%	56%	42%	39%	45%	68%	43%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	47%	50%	59%	38%	42%	46%	38%	39%	48%	67%	38%
16-19	53%	57%	60%	41%	53%	59%	47%	41%	51%	63%	40%
20+	59%	63%	66%	48%	58%	68%	56%	42%	58%	73%	50%
Studiert noch	58%	56%	63%	54%	51%	74%	53%	53%	60%	65%	58%
 Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	54%	69%	67%	35%	45%	54%	46%	49%	48%	71%	24%
Leitende Angestellte	59%	65%	55%	51%	62%	57%	54%	36%	61%	75%	61%
Andere Angestellte	58%	56%	75%	38%	65%	64%	50%	39%	57%	71%	56%
Arbeiter	53%	56%	63%	43%	51%	64%	46%	36%	50%	65%	45%
Hausfrauen / -männer	51%	50%	58%	36%	47%	77%	41%	45%	63%	64%	39%
Arbeitslose	49%	53%	57%	43%	37%	51%	55%	36%	50%	65%	33%
Rentner / Pensionäre	50%	54%	59%	46%	47%	59%	41%	40%	41%	64%	46%
Schüler / Studenten	58%	56%	63%	54%	51%	74%	53%	53%	60%	65%	58%

QC4.7. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Sie fühlen sich infolge der Krise den Bürgern in anderen europäischen Ländern stärker verbunden
Antwort: Gesamt 'Stimme zu'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	41%	43%	44%	38%	52%	48%	29%	54%	43%	50%	60%
Geschlecht											
Männlich	42%	45%	44%	37%	48%	48%	32%	56%	45%	51%	62%
Weiblich	41%	41%	45%	39%	54%	49%	25%	51%	41%	48%	59%
Alter											
15-24	41%	40%	45%	31%	48%	48%	31%	62%	49%	42%	59%
25-39	42%	44%	46%	39%	51%	50%	31%	51%	47%	51%	65%
40-54	42%	40%	46%	38%	53%	52%	31%	59%	47%	47%	56%
55 +	40%	46%	41%	40%	51%	44%	25%	49%	35%	55%	60%
Ausbildung (Ende der)											
15-	38%	38%	40%	34%	48%	37%	26%	44%	39%	46%	54%
16-19	40%	40%	44%	37%	51%	48%	27%	58%	49%	47%	57%
20+	45%	51%	50%	43%	56%	52%	33%	53%	48%	56%	66%
Studiert noch	44%	46%	48%	30%	50%	52%	37%	65%	47%	44%	63%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	43%	45%	63%	34%	45%	47%	27%	58%	47%	52%	57%
Leitende Angestellte	45%	53%	49%	46%	60%	47%	37%	60%	52%	57%	68%
Andere Angestellte	42%	37%	47%	33%	58%	51%	22%	59%	50%	56%	63%
Arbeiter	40%	36%	45%	39%	54%	52%	27%	51%	45%	49%	62%
Hausfrauen / -männer	42%	39%	40%	33%	51%	63%	25%	53%	53%	46%	51%
Arbeitslose	38%	36%	41%	36%	42%	38%	36%	47%	40%	44%	54%
Rentner / Pensionäre	40%	45%	40%	40%	50%	45%	26%	50%	34%	55%	63%
Schüler / Studenten	44%	46%	48%	30%	50%	52%	37%	65%	47%	44%	63%

STANDARD EUROBAROMETER 80

Die EU-Bürger, die Europäische Union und die Krise TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 2. und dem 17. November 2013 hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 80.1 durchgeführt.

Die EUROBAROMETER-Umfragewelle 80.1 ist die STANDARD EUROBAROMETER 80 Umfrage und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD EUROBAROMETER 80 Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro and Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.063	2/11/13	17/11/13	8.939.546	2,16%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.027	2/11/13	11/11/13	6.537.510	1,58%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.000	2/11/13	13/11/13	9.012.443	2,18%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.001	2/11/13	17/11/13	4.561.264	1,10%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.543	2/11/13	17/11/13	64.336.389	15,57%
EE	Estland	TNS Emor	1.004	2/11/13	17/11/13	945.733	0,23%
IE	Irland	IMS Millward Brown	1.004	3/11/13	17/11/13	3.522.000	0,85%
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	2/11/13	16/11/13	8.693.566	2,10%
ES	Spanien	TNS Spain	1.012	2/11/13	17/11/13	39.127.930	9,47%
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.027	2/11/13	17/11/13	47.756.439	11,56%
HR	Kroatien	Puls	1.000	2/11/13	16/11/13	3.749.400	0,91%
IT	Italien	TNS Italia	1.000	2/11/13	14/11/13	51.862.391	12,55%
CY	Zypern	Synovate	503	2/11/13	17/11/13	838.897	0,20%
LV	Lettland	TNS Latvia	1.007	2/11/13	17/11/13	1.447.866	0,35%
LT	Litauen	TNS LT	1.030	2/11/13	17/11/13	2.829.740	0,69%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	508	2/11/13	12/11/13	434.878	0,11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1.000	2/11/13	17/11/13	8.320.614	2,01%
MT	Malta	MISCO	500	2/11/13	17/11/13	335.476	0,08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.019	2/11/13	17/11/13	13.371.980	3,24%
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.032	2/11/13	17/11/13	7.009.827	1,70%
PL	Polen	TNS Polska	1.000	2/11/13	17/11/13	32.413.735	7,85%
PT	Portugal	TNS Portugal	1.047	2/11/13	17/11/13	8.414.215	2,04%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.069	2/11/13	12/11/13	18.246.731	4,42%
SI	Slowenien	RM PLUS	1.086	3/11/13	17/11/13	1.759.701	0,43%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.000	2/11/13	17/11/13	4.549.955	1,10%
FI	Finnland	TNS Gallup	1.002	2/11/13	17/11/13	4.440.004	1,07%
SE	Schweden	TNS Sifo	1.019	2/11/13	17/11/13	7.791.240	1,89%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.326	2/11/13	17/11/13	51.848.010	12,55%
GESAMT EU28			27.829	2/11/13	17/11/13	413.097.480	100%*
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	2/11/13	17/11/13	143.226	
TR	Türkei	TNS PIAR	1.001	2/11/13	17/11/13	54.844.406	
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.048	2/11/13	8/11/13	1.678.404	
IS	Island	Capacent	500	2/11/13	17/11/13	252.277	
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	499	2/11/13	17/11/13	492.265	
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.034	2/11/13	17/11/13	6.409.693	
GESAMT			32.411	2/11/13	17/11/13	476.917.751	

* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können